

## Impressum

### Herausgeber

Paritätischer Wohlfahrtsverband  
Niedersachsen e. V.  
Gandhistr. 5a  
30559 Hannover  
Tel. 0511 52486-0  
E-Mail landesverband@paritaetischer.de

### Vorstand

Cornelia Rundt  
Sebastian Böstel

### Registereintrag

Registergericht Hannover  
Vereinsregister-Nummer 2156

### Steuernummer

Finanzamt Hannover-Nord  
25/206/21596

### Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,  
BLZ 25120510 – Konto-Nr. 7449500

### Verantwortlich für den Inhalt

Sebastian Böstel (Vorstand)

### Redaktion

Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit  
Anika Falke  
Tel. 0511 52486-353  
E-Mail presse@paritaetischer.de

### Druck

Benatzky Druck und Medien GmbH,  
Hannover

### Hinweis

Artikel anderer Organisationen oder Publikationen sowie namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. Bei der Veröffentlichung von Zuschriften und Beiträgen behält sich die Redaktion das Recht auf Kürzungen vor. Der Parität Report erscheint fünfmal im Jahr, der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

## Gegen Armut und soziale Ausgrenzung

### Paritätische Kampagne zum

### Europäischen Jahr

Die Europäische Union hat 2010 zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ ausgerufen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen, der sich täglich mit den Themen Armut und sozialer Ausgrenzung befasst, beteiligt sich mit einer Internetkampagne am Aktionsjahr.

Auf [www.gegen-soziale-Ausgrenzung.de](http://www.gegen-soziale-Ausgrenzung.de) stellen wir Projekte und Aktionen zu den Themebereichen vor. Wir wollen zeigen, dass Armut mehr ist als „nur“ ein zu geringes Einkommen. Wir wollen aufzeigen, welche

Gruppen von sozialer Ausgrenzung betroffen sind. Und wir wollen zeigen, wie wir sowohl Armut als auch sozialer Ausgrenzung bei der täglichen Arbeit begegnen.

Mehr zur Paritätischen Kampagne lesen Sie auf Seite 20 dieser Ausgabe. Und besuchen Sie uns im Internet auf [www.gegen-soziale-Ausgrenzung.de](http://www.gegen-soziale-Ausgrenzung.de)



### Ihre Adressdaten

### Bitte Änderungen mitteilen!

Um unsere Mitgliederadressen auf dem neuesten Stand halten zu können, bitten wir um Ihre Unterstützung: Benachrichtigen Sie uns bei Änderungen:

- Anschrift,
- Telefonnummer,
- Faxnummer,
- E-Mailadresse,
- Wechsel Vorstand,
- Wechsel Geschäftsführung,
- Name/Rechtsform.

Ihrer Organisation. Senden Sie bitte aktualisierte Daten an das Sekretariat des Geschäftsbereichs Mitgliederförderung, Timea Kovac, Tel. 0511 52486-323, Fax 0511-52486-333, E-Mail [timea.kovac@paritaetischer.de](mailto:timea.kovac@paritaetischer.de)

### Ihr Beitrag

### Parität Report sucht Artikel

- Möchten Sie die Arbeit Ihrer Organisation oder Einrichtung vorstellen?
- Können Sie Tipps oder Erfahrungen weitergeben?
- Veranstalten Sie ein Programm, das für andere offen und von Interesse ist?
- Suchen Sie neue Mitarbeiter /innen oder einen Job?
- Haben Sie Kritik oder Lob?

Dann senden Sie Ihren Beitrag (wenn möglich mit Foto) einfach als Datei oder Ausdruck via E-Mail oder per Post an den Landesverband, Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Gerne sind wir bereit, Sie bei der Formulierung zu unterstützen.

## Sehr geehrte Leserin, lieber Leser,

der Schwerpunkt des vor Ihnen liegenden Parität Report ist das Thema „freiwillige Leistungen des Landes und der Kommunen“ – ein sperriger Begriff, der auf den ersten Blick eine positive Bedeutung hat: Die öffentliche Hand leistet etwas freiwillig... Googelt man diesen Begriff, es gibt über 400.000 Fundstellen, fallen zwei Dinge auf. Zum einen stehen die aktuellsten Einträge fast alle im Zusammenhang mit Einsparungen, und zum anderen wird schnell deutlich, wofür die Städte und Gemeinden, wie auch das Land Niedersachsen freiwillig leisten: für Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände, Beratungsstellen, Frauen- und Jugendhäuser, aber auch für Zuschüsse in den Bereichen Kultur und Sport.

Diese Haushaltsmittel stellen oft die einzige Verfügungsmasse dar, die die Städte und Kommunen haben, sind sie doch in den anderen Bereichen gesetzlich zu den Zahlungen verpflichtet, oftmals ohne ausreichende Refinanzierung aus Bundes- oder Landessteuern. Diese Mittel stehen aber auch durch ihren Zweck für ein lebenswertes Umfeld, ein funktionierendes Gemeinwesen, häufig unter Einbindung von Ehrenamtlichen in den unterschiedlichsten Bereichen. Eine wichtige Aufgabe dieses Engagements ist fast immer die Verringerung sozialer Ausgrenzung, ein Ziel, dass die Europäische Union in diesem Jahr ja passender Weise durch ein europäisches Jahr hervorhebt.

So sind die unterschiedlichsten Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Niedersachsen von den angekündigten Kürzungen oder Streichungen betroffen, gefährdet ist die Beratung im Gewaltbereich, in Frauenhäusern, von Mißbrauchsopfern, von suizidgefährdeten Menschen und zahlreichen anderen Beratungsstellen, die sich um Menschen in schwierigen Lebenssituationen kümmern, die Arbeit in der offenen Jugendhilfe und in der Integrations- und Seniorenarbeit. Schwieriger bzw. unmöglich würde aber auch die Arbeit im Bereich der Straffälligen-, wie auch der Aids-Hilfe, deren Träger zu wesentlichen Teilen von der Förderung des Landes abhängen. Eine weitere freiwillige Leistung des Landes, die unverzichtbar für die Betroffenen ist, ist das Landesblindengeld, dessen Streichung vor sechs Jahren nicht zuletzt durch das Engagement des Paritätischen verhindert werden konnte.



Sicher, die Position der Bürgermeister und Landräte ist angesichts der Finanzkrise und den sich daraus ergebenden Sparzwängen keine einfache, aber es kann nur auf den ausdrücklichen Widerstand des Paritätischen stoßen, wenn zugunsten einer Haushaltssanierung die freiwilligen Leistungen gekürzt oder gestrichen werden, die oft nur wenige Prozente des Gesamthaushaltes betragen. Auf dem Altar der Haushaltskonsolidierung dürfen aus meiner Sicht gerade die Mittel, die unser Gemeinwesen lebenswert machen, nicht geopfert werden: weder für Beratungsstellen oder andere Einrichtungen, die ihre Tätigkeit nur hauptamtlich ausüben können oder in denen Ehrenamtliche professionell angeleitet und weitergebildet werden, noch Initiativen, in denen die Bürgerinnen und Bürger sich direkt freiwillig sozial engagieren.

Jeder, der sich haupt- oder ehrenamtlich in sozialen Einrichtungen engagiert, tut dies oft unter Opfern, bei seiner Zeit für Freunde und Familie, unter teilweise finanziellen Opfern, weil die „Kassenlage schon jetzt nicht ausreichend ist“. Die Grenzen des Zumutbaren sind aber für viele bürgerschaftlich engagierte Menschen erreicht; es ist nicht ihre Aufgabe, immer mehr für die Versäumnisse des Staates einzutreten. Das Motto „Opfersinn schuf diese Einrichtung“, welches ich neben dem Haupteingang des Kinderkrankenhauses auf der Bult in Hannover las, ist von 1863 und kann aus meiner Sicht nicht für eine Tätigkeitsbeschreibung zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts taugen.

Auch und gerade auch in wirtschaftlich knappen Zeiten muss nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die Politik sich fragen lassen, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Ohne die Unterstützung der sozial benachteiligten Menschen, Menschen in Notlagen und Menschen mit sog. Handicaps durch den Staat könnte von einem Sozialstaat nicht mehr gesprochen werden.

Herzlichst, Ihr

Sebastian Böstel,  
Vorstand



## **Ankündigung**

**33. Mitgliederversammlung**  
des Paritätischen Wohlfahrtsverbands  
Niedersachsen e.V.

**13. November 2010**

**10.00 Uhr**

**Congress Centrum Hannover (Glashalle)**

**Bitte merken Sie sich diesen Termin vor.**

**Eine Einladung mit der Tagesordnung geht allen Mitgliedern rechtzeitig zu.**

**Ansprachpartnerinnen für Fragen und Informationen:**

**Cornelia Rundt, Vorstand**

**Birgit Helm, Referentin**

**Tel.: 0511 52486-363,  
birgit.helm@paritaetischer.de**



## Landesblindengeld: Niedersachsen steht im bundesweiten Vergleich am Ende

Achtzig Prozent der Wahrnehmung des Menschen verrichten die Augen. Blind zu sein bedeutet, von der sichtbaren Welt ausgeschlossen zu sein. Eine Welt, die zunehmend auf Visualität setzt – Internet, Touchscreen und Grüner Pfeil sei Dank. Blindheit bedeutet also, in den wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen Mobilität, Information und Kommunikation gravierend eingeschränkt zu sein. Um dennoch ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, müssen erblindete Menschen außerordentliche finanzielle Mehraufwendungen in allen Lebensbereichen aufbringen. So macht die eingeschränkte Mobilität häufiges Taxifahren und/oder Begleitpersonen bei Behördengängen, Arztbesuchen oder beim Einkaufen erforderlich. Haushaltshilfen sind teuer, aber erblindete Menschen können auf deren Arbeit nicht verzichten, um ihr Leben selbstständig zu gestalten. Die Unterstützung durch Sehende, die in der Regel bezahlt werden muss, ist beim Vorlesen oftmals ebenso notwendig wie beim Schreiben.

Allein die Kosten für Taxifahrten, Haushaltshilfen und Vorlesekräfte übersteigen bei vielen Betroffenen schon das aktuelle Blindengeld von 265 Euro. Blindenspezifische Hilfsmittel, die den Alltag erleichtern und bereichern, sind teuer und werden nur zu einem geringen Teil von Kostenträgern übernommen. So kostet beispielsweise ein Füllstandsanzeiger zum Eingießen von Getränken 27,70 Euro, eine Küchenwaage mit Sprachausgabe 99,00 Euro. Ein für blinde Menschen adap-

tiertes Mühle-Dame-Spiel schlägt mit 99,95 Euro zu Buche. Der Milestone, ein digitales Notiz- und Abspielgerät für Speichermedien, kostet 349,00 Euro und der Daisyplayer, ein anderes Abspielgerät für Literatur, 399,00 Euro. Aber auch häufig zu tätige Anschaffungen haben ihren Preis: Selbstklebende Markierungspunkte, Punktschriftpapier und Punktschriftbücher oder die elektronische Tageszei-

ben ein Stück Chancengleichheit garantieren. Dieser Nachteilsausgleich ist eine landesgesetzliche Leistung und wird ausschließlich wegen der Blindheit gezahlt.

Die Geschichte des Landesblindengeldes ist wechselvoll. Anpassungen standen Kürzungen gegenüber – bis hin zur kompletten Streichung zum 1. Januar 2005 durch die damalige niedersäch-



Mit dem sogenannten Daisyplayer erhalten blinde und sehbehinderte Menschen Zugang zu Informationen und Literatur.

Foto: Dietmar Spolert

tung bedeuten Mehrausgaben, die behinderungsbedingt notwendig sind und die ein sehender Mensch nicht hat.

Blinde Menschen erhalten aufgrund ihres Blindseins allein noch keine Leistungen aus der Pflegeversicherung. Deshalb ist im März 1963 in Niedersachsen das Landesblindengeld eingeführt worden. Das Einkommens- und vermögensunabhängige Landesblindengeld soll die blindheitsbedingten Nachteile finanziell ausgleichen und den Betroffenen im gesellschaftlichen Le-

bensbereich ein Stück Chancengleichheit garantieren. Daraufhin führte der Blinden- und Sehbehindertenverband (BVN) unzählige Informationsveranstaltungen und Aktionen durch, um die Bevölkerung über die Notwendigkeit des Nachteilsausgleichs aufzuklären. Unterstützt wurde der BVN dabei und bei dem von ihm später initiierten Volksbegehren von seinen Bündnispartnern aus Politik, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden. Es war eine breit angelegte Kampagne, bei der in kürzester Zeit die notwendigen Unterschriften für das



Volksbegehren zusammen kamen. 2007 führte die neue Ministerin für Soziales, Mechthild Ross-Luttmann, das Blindengeld wieder ein.

Zur Zeit beträgt der – wie die Leistungen aus der Pflegeversicherung auch einkommensunabhän-

gige – Nachteilsausgleich 265 € für Erwachsene ab dem 25. Lebensjahr. Damit steht Niedersachsen allerdings noch immer am Ende im bundesweiten Vergleich – in Nordrhein-Westfalen, Bayern oder Hessen werden über 500 € monatlich gezahlt. Eine Anhebung des Lan-

desblindengeldes in Niedersachsen auf das Mindestniveau analog der Pflegestufe II der Pflegeversicherung von 420 € ist unbedingt notwendig.

Jochen Bartling

Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e.V.

## Nur Prävention verhindert neue Infektionen – Die Strukturen der Aidshilfe weiter stärken

In Deutschland leben zurzeit etwa 64.000 Menschen mit HIV bzw. Aids, jährlich werden rund 3000 Neuinfektionen festgestellt. In Niedersachsen sind es ungefähr 4200 Menschen, die infiziert sind, jedes Jahr werden rund 200 Neuinfektionen diagnostiziert. Im europäischen und weltweiten Vergleich steht Niedersachsen damit gut da, doch damit diese Zahl nicht steigt, ist viel Präventionsarbeit erforderlich.

In Deutschland gibt es dafür seit mehr als 25 Jahren ein Präventionsmodell, das auf Aufgabenteilung setzt und weltweit Anerkennung genießt: Neben den staatlichen Instanzen, die die Allgemeinbevölkerung aufklären, sind es die Aidshilfen, die schwer erreichbare Gruppen ansprechen wie Menschen, die bereits infiziert sind, Drogen gebrauchen oder einen Migrationshintergrund haben. Das Ziel dieser Arbeit ist es, die Betroffenen und andere zu schützen. Dafür erhalten die Aidshilfeeinrichtungen in Niedersachsen vom Land in diesem Jahr 1,463 Millionen Euro. Das entspricht 18 Cent pro Einwohner. Diese Basis ermöglicht den Aidshilfen das Einwerben von Drittmitteln in einer Wertschöpfungshöhe von fast

900.000 Euro. Ist dieses Geld gut investiert?

### Ist Prävention messbar?

Prävention ist nicht messbar, aber sie lässt sich hochrechnen. Anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Deutschen AIDS-Hilfe führte Dr. Elisabeth Pott von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) in ihrer Rede folgende Kalkulation aus:

*In Anbetracht der zehnfach höheren HIV-Inzidenz in den europäischen Vergleichsländern seien durch Prävention – vorsichtig geschätzt – etwa 30.000 Infektionen verhindert worden. Wären davon ca. 25.000 therapiebedürftig bei jährlichen Kosten von 25.000 Euro ergebe sich ein theoretischer jährlicher Einspareffekt von 450 Millionen Euro. Statistisch entfallen darauf in Niedersachsen rund 10%, also 45 Millionen Euro. Prävention verhindert langfristige Kosten, denn Prävention verhindert Infektionen und menschliches Leid.*

### Schlanke Strukturen

Im Landesverband sind zwölf regionale Aidshilfen sowie fünf weitere Einrichtungen mit ergänzenden Angeboten im Bereich Pflege, Weiterbildung und Zielgruppenansprache

zusammengeschlossen. Die Aufgaben umfassen die Vermeidung von Infektionen über Aufklärung sowie Beratungsangebote und Hilfe zur Selbsthilfe für Menschen, die sich bereits infiziert haben. Es gibt viele Gruppen, für die wir uns verantwortlich fühlen: Männer, die Sex mit Männern haben Menschen, die Drogen gebrauchen, Prostituierte, die wir vor sexuell übertragbaren Krankheiten schützen wollen, infizierte Kinder, Menschen in Haft und aus anderen Kulturen – und immer auch ihre Angehörigen und Freunde, die sich an uns wenden können. Was die Prävention so schwierig macht, ist, dass sie kontextabhängig ist. Männer und Frauen in unterschiedlichen Lebenssituationen entscheiden individuell, was der richtige Weg für ist. Diese Arbeit ist personalintensiv.

In den Aidshilfen arbeiten rund 35 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, nicht einmal eine Handvoll davon sind Vollzeitstellen. Diese schlanke Struktur ist nur möglich durch die Einbeziehung der Betroffenen selbst und von Ehrenamtlichen, durch gezielte Informationen und gut ausgebauten Netzwerke: Im Innenbereich ist der Austausch in Fachzirkeln

organisiert, im Außenbereich kooperieren wir mit anderen Einrichtungen und Fachverbänden, wie z. B. der Drogenhilfe, Gesundheitsämtern, Integrationsräten oder Wohlfahrtsverbänden wie dem Paritätischen.

### **Effizienz am Beispiel Schulprävention**

Prävention muss früh ansetzen. Für uns hat jede und jeder Jugendliche einen Anspruch, im Laufe der Schulzeit über HIV/Aids aufgeklärt zu werden. Mit unserem Personal ist das nicht zu leisten. Unsere Aufgabe ist es, Multiplikatoren zu schulen, wie z. B. Lehrkräfte und Ausbilder, die Jugendlichen emotionale, soziale und kommunikative Handlungskompetenz vermitteln können, damit diese sich aktiv vor einer Infektion schützen.

### **Das Bild der Selbsthilfe geprägt**

Unsere wichtigste Aufgabe ist die Interessenvertretung betroffener Menschen, ihre Wahrung von Autonomie und Selbstbestimmung im Gesundheitssystem und der Abbau von Vorurteilen. Wir entwickeln neue Konzepte, die wir gesundheits- und gesellschaftspolitisch versuchen, umzusetzen. Darum ist die Aidshilfe ein Verband, der auch politisch nach außen arbeiten muss, der Ideen aktiv in die Politik einbringt und nach wie vor dabei immer noch an Grenzen stößt. So haben wir uns dafür eingesetzt, dass 2004 im Zuge der Gesundheitsreform der Arzneimittelkatalog erweitert wurde. Mit dem Projekt „Aids & Arbeit“ haben wir landesweit die Arbeitsvermittlung für die besondere Situation chronisch Erkrankter sensibilisiert. Dafür konnten wir leider nicht verhin-

dern, dass Spritzenautomaten in Haftanstalten abgebaut wurden.

Unbestritten hat diese Arbeit der letzten 25 Jahre das Bild in der Selbsthilfelandchaft geprägt. Wir haben ein hocheffektives Versorgungsnetzwerk in diesem Problemfeld geschaffen, das zu einem Modell für die Gesundheitsversorgung geworden ist, von der die Selbsthilfe insgesamt profitiert.

### **Wann wird aus schlank magerkrank?**

2004 wurden die Niedersächsischen Aidshilfen um 100.000 Euro gekürzt. Dieser Einschnitt war so dramatisch, dass Maßnahmen unumgänglich waren: reduzierte Sprechzeiten, eingeschränkte Teilnahme an Fachzirkeln, weniger Termine für Schulprävention und vieles mehr. Wie alle Organisationen im sozialen Bereich leiden wir unter den erhöhten Kosten durch Inflation und Preissteigerungen beim Personal, der Energie oder Mehrwertsteuer. Faktisch findet jedes Jahr eine schleichende Kürzung statt. Wir benötigen die Landesmittel als Basis zum Ausgleich und zum Erhalt unserer leistungsstarken und engagierten Struktur.

Sollte die Aidshilfe jedoch für die Finanzkrise bezahlen müssen und vom Land gekürzt werden, so kann nur noch beim Personal gespart werden. Alle anderen Ausgaben wurden bereits 2004 reduziert.

Ich will das mögliche Szenario und seine Folgen exemplarisch vorrechnen, das sich allein aus einer Kürzung von 100.000 Euro ergeben würde:

- 100.000 Euro ist das Volumen, das drei kleinere Aidshilfen wie z.B. in Goslar, Lüneburg und Wolfsburg

aus Landesmitteln zusammen erhalten.

- 100.000 Euro verteilt auf die landesweite Versorgung entsprächen bei Personalkosten von rund 23 Euro die Stunde und 35 Mitarbeitern landesweit mit circa 30 Wochenstunden einer Arbeitszeit von 4348 Stunden, die fehlen.
- Eine Stelle bliebe demnach 36 Monate bzw. drei Jahre in einem Verein unbesetzt. Verteilt auf unsere 18 Einrichtungen, inklusive Landesverband, fehlen bei allen 124 Stunden – oder anders gesagt – alle 18 Vereine müssten vier Wochen schließen. Beratungen, Betreuungen, Infoveranstaltungen und Projekte würden entfallen, ebenso die Anleitung und Koordination der fast 900 Ehrenamtlichen. Präventionsaktionen, Fortbildungen und Schulungen könnten nicht mehr durchgeführt werden, fachlicher Austausch würde nicht mehr stattfinden. Menschen mit HIV/Aids und ihre Angehörigen hätten keinen Anlaufpunkt mehr.

2004 hat der Landtag beschlossen, die Aidshilfestrukturen in Niedersachsen zu fördern. Einstimmig. Wir sehen mit diesem Beschluss bestätigt, dass die Aidshilfen aus Sicht der Landtagsfraktionen vorbildlich arbeiten. Diese Arbeit möchten wir auch noch im nächsten Jahr auf dem Deutsch-Österreichischen AIDS-Kongress (DÖAK) vorstellen können, der nach 17 Jahren erneut in Hannover stattfindet. Kürzen wäre das falsche Signal und vor allem kurzfristig. Ich bin trotzdem zuversichtlich: Niedersachsen ist schließlich das Land mit Weitsicht.

*Imke Schmieta  
Niedersächsische AIDS-Hilfe  
Landesverband e.V. (NAH)*



## DLRG: Lebensretter auf und im Wasser

Im Einsatzfall schnell vor Ort: Die Helfer der DLRG im Motorboot.

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) ist mit ihren mehr als eine Million Mitgliedern und Förderern die größte freiwillige Wasserrettungsorganisation der Welt und baut auf das Mitwirken vieler freiwilliger Helfer auf – allein 90 000 in Niedersachsen, davon sind rund 15 000 ehrenamtliche Aktive. Angefangen bei der Schwimm- und Rettungsschwimmausbildung sowie der Erste-Hilfe- und Sanitätsausbildung über den Katastrophenschutz, das Boots- und Tauchwesen, den Digitalfunk bis hin zu Einsätzen auf dem Wasser und im Wasserrettungsdienst an den deutschen Küsten und Binnengewässern – die DLRG lebt durch das Engagement der ehrenamtlich tätigen Mitglieder.

Seit der Gründung im Jahre 1913 liegen die Kernaufgaben in den Bereichen Aufklärung und Prävention, Ausbildung und Einsatz. Ehrenamtlich werden bereits Kinder über die Gefahren am, im und auf dem Wasser informiert. Ziel ist es, die Ertrinkungszahlen bis 2020 zu halbieren. Dazu gehört auch eine adäquate Schwimmausbildung, die in Niedersachsen durch das neuartige, landesweite Förderprojekt der DLRG Niedersachsen und der niedersächsischen Sparkassen voran

getrieben wird. Bis 2011 sollen zusätzlich 5000 Kinder zu sicheren Schwimmern ausgebildet werden. Dazu sind ehrenamtlich Tätige, die mit Herzblut bei der Sache sind, unabdingbar. Ein Einsatz, der durch bezahlte Kräfte nicht zu realisieren wäre und enorme Kosten verursachen würde. Allein in Niedersachsen wurden im vergangenen Jahr mehr als 850 000 Stunden ehrenamtlich geleistet. Für ein effektives Arbeiten bedarf es aber nicht nur ehrenamtlicher Helfer. Für eine angemessene Schwimmausbildung ist auch eine adäquate Ausstattung mit Lehrmitteln wie Poolnudeln, Lehrbüchern, Schwimmbrettern und Schwimmbecken notwendig. Anschaffungen, die zum Teil nur durch Spenden oder eben wichtige Fördergelder zu tragen sind.

Fördermittel werden auch für andere Bereiche der DLRG verwendet. Eine wichtige Aufgabe liegt im Katastrophenschutz. Bei Großschadenslagen wie beispielsweise Hochwasser wird die DLRG zur Hilfe gebeten und kann nur mit einer angemessenen Ausstattung effektiv helfen. Dazu gehören Fahrzeuge, Ausrüstung, Einsatzkleidung ebenso wie qualifizierte Helfer. Gelder fließen darüber hinaus in die Beschaf-

fung von Motorbooten, deren Wartung und Reparatur, in den Aufbau, die Erneuerung sowie die Wartung von DLRG-Gebäuden und Wachstationen, in Sanitätsmaterial, in die Ausrüstung der verschiedenen Einsatzbereiche und in die Ausbildung von qualifizierten Einsatz- und Lehrkräften, auch von Schullehrern. Aktuell bereitet die Umstellung des bundesweiten Digitalfunknetzes der DLRG große Sorgen: Hunderte Funkgeräte müssen erneuert werden, weil sie in dem neuen Netz nicht mehr funktionieren – Kosten, die die DLRG allein nicht aufbringen kann. Die DLRG ist deshalb auf Fördergelder angewiesen, um ihren Kernaufgaben nachzukommen, angemessen ausgerüstet zu sein und effektiv helfen und Leben retten, aber auch ausbilden zu können.

Ohne Fördermittel wäre die DLRG bald an ihren Grenzen angelangt. Binnen kürzester Zeit müsste sie ihre essenziellen Kernaufgaben nach und nach einstellen. Verschleißtes Einsatzmaterial könnte nicht mehr gewartet, repariert oder gar erneuert werden. An ehrenamtlichen Helfern würde es sicher nicht mangeln, denn eine Bezahlung der Ehrenamtlichen erfolgt nicht – trotzdem wären auch sie indirekt von einer Kürzung betroffen, da mit den Fördermitteln auch Weiterbildungsmaßnahmen für Helfer, wie Erste-Hilfe-Kurse, teilweise oder ganz finanziert werden. Kann dies alles aufgrund mangelnden Geldes nicht mehr gewährleistet werden, ist die Einsatz- und Rettbarkeit der freiwilligen Helfer stark gefährdet.

Anja Tschernich  
DLRG Landesverband  
Niedersachsen e.V.



## Frauen- und Kinderschutzhaus bietet lebensrettende Zuflucht

Im Frauen- und Kinderschutzhaus des Vereins zum Schutz für misshandelte Frauen und Kinder Niedersachsen sieht es ein bisschen so aus, als sei die Zeit stehen geblieben. Die Möbel haben ihre besten Tage hinter sich, die Verhältnisse sind sehr bescheiden. Doch für die Frauen und Kinder, die hier eine sichere Unterkunft finden, spielt das alles keine Rolle. Denn was sie hier finden, geht weit über materielle Werte hinaus: Sicherheit, Geborgenheit, Anerkennung und Zuneigung. Das Heim, aus dem sie zuvor geflohen sind, hatte vor allem eines zu bieten: Gewalt.

Seit der Eröffnung des Frauen- und Kinderschutzhauses am 1. Juni 1978 haben hier mehr als 3500 Frauen und etwa 2500 Kinder Schutz und Beratung gefunden. Für viele Frauen war und ist das Frauen- und Kinderschutzhaus die einzige Möglichkeit, sich von einem gewalttätigen Partner zu befreien und mit den Kindern ein selbstbestimmtes Leben in körperlicher Unversehrtheit und Freiheit führen zu können.

Die Frauen, die hier Zuflucht suchen, können sich kein Hotel oder Flugticket leisten, um ihrem Partner zu entkommen. Etwa 85 Prozent von ihnen sind Migrantinnen, viele flüchten vor einer drohenden Zwangsheirat und vor Partnern, die sich auch von dem 2002 erlassenen Gewaltschutzgesetz nicht beeindruckt lassen. Das Stichwort Ehrenmord ist für viele der Frauen alles andere als ein exotischer Begriff.

Die Kinder aus Familien, in denen

Gewalt herrscht, leiden mit. Entweder, weil sie selbst unmittelbar Opfer der Gewalt werden oder miterleben müssen, wie diese Gewalt in ihrem Elternhaus ausgeübt wird. Psychosomatische Störungen, Versagensängste und körperliche Symptome wie Bettnässen sind einiger der Folgen, unter denen diese Kinder leiden. Kurzum: Das Frauenschutzhaus ist für viele dieser Frauen und Kinder die letzte lebensrettende Zuflucht.

Im Haus des Vereins zum Schutz für misshandelte Frauen und Kinder Niedersachsen erhalten die Hilfe Suchenden mehr als „nur“ ein Dach über dem Kopf. Es ist das Ziel der Mitarbeiterinnen, die Frauen in die Lage zu versetzen, ihr Leben wieder alleine in den Griff zu bekommen. Sie sollen sich und ihren Kindern das Lebensnotwendige sichern können und nicht an den gewalttätigen Erfahrungen ihrer Vergangenheit zerbrechen. Unter anderem mit Traumaberatung und Stabilisierung wird den Frauen auf den Weg geholfen.

Alle diese dringend benötigten Leistungen und Angebote kosten Geld – und die Mittel sind denkbar knapp. Die Betreiberinnen des Frauenhauses wissen, wie schwer es ist, freiwillige Spenden für ihre Einrichtung zu sammeln. Es gibt keinen Schirmherr, keine Landesmutter, die sich mit den Frauenhäusern als oft überlebenswichtige Institutionen identifizieren.

In Bezug auf die geplante Sparrunde des Landes geht nun auch beim

Verein zum Schutz für misshandelte Frauen und Kinder Niedersachsen die Angst um, dass an einer Ecke gespart werden soll, die sowieso keine echte Lobby hat. Eine Kürzung der freiwilligen Leistungen dürfte nur schwer zu kompensieren sein.

Momentan sind im Frauenhaus zwei Mitarbeiterinnen mit einer vollen Stelle ausgestattet. Käme es zu Sparmaßnahmen, müssten diese Stellen gestrichen oder doch zumindest ihre Stundenanzahl verringert werden. Vermutlich würde die – für ein Frauenhaus zweifelsohne sehr wichtige – Nachtwache eingestellt werden müssen. Beratungsmaßnahmen und andere Leistungen müssten ebenfalls eingeschränkt werden.

Wer an den Frauenhäusern spart, spart bei den Ärmsten der Armen – und an der falschen Stelle.

### Werben im

### Parität Report

**Sie möchten in den nächsten Ausgaben des Parität Report eine Anzeige schalten?**

**Wir beraten Sie dazu gerne.**

**Fordern Sie einfach unter**

**[presse@paritaetischer.de](mailto:presse@paritaetischer.de)**

**unverbindlich unsere gültige Anzeigenpreisliste an.**

## Mädchenhaus Oldenburg e.V.:

### Fünf Jahre nach der Kürzung

Mädchen und junge Frauen, die etwas aus sich machen möchten, dürfen in unserer Gesellschaft nicht naiv sein. Es genügt nicht, fleißig zu sein und gute Noten zu erzielen. Es bringt gar nichts, lieb oder sexy oder schön zu sein. Im Gegenteil, in vielen Frauenbildern, mit denen junge Mädchen konfrontiert werden, stecken Stolperfallen, die nur mit besonders viel Mut und Selbstbewusstsein von ihnen durchbrochen werden können.

Mädchen und junge Frauen brauchen einen echten Freiraum, in dem sie widersprüchliche Frauenrollen ausprobieren können und genügend Zeit haben, tatsächlich die Selbstkompetenz für ihr Leben zu erwerben, die sie brauchen.

Diesen Freiraum bietet das Mädchenhaus Oldenburg mit einem seit 20 Jahren breit gefächerten, sozial integrativen Angebot für Mädchen und junge Frauen. Mäd-

chenhäuser gibt es seit Anfang der neunziger Jahre in der ganzen Bundesrepublik. Ihnen gemeinsam ist das geschlechtsspezifische Wissen um die Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen. Mädchenhäuser bieten Prävention, Freizeit- und Bildungsangebote, Information und Beratung, Fortbildungen, Betreuung und Begleitung sowie Wohnangebote.

Vor allem aber bieten Mädchenhäuser umfangreiches Fachwissen



So verschieden wie ihr Schuhwerk: Im Mädchenhaus Oldenburg bekommen Mädchen den Freiraum, den sie brauchen, um unterschiedliche Frauenrollen auszuprobieren.

zur Lebenssituation von Mädchen und jungen Frauen. Das Mädchenhaus Oldenburg hält an zwei verschiedenen Standorten vier Angebote bereit. Jedes spricht eine andere Zielgruppe an, hat eigene Aufgaben und ein eigenes Profil.

Eines dieser Angebote ist beispielsweise der Hort Schülertreff für Mädchen zwischen sechs und 14 Jahren. Hier wird eine feste Gruppe von fünfzehn Mädchen betreut, die ihre Zeit miteinander in einem kreativen Zauberreich verbringen, das sie sich unter Anleitung und nach ihren Wünschen selbst gestalten.

Im Mädchentreff, einer offenen Gruppe ab acht Jahren, werden Freundschaften geschlossen und selbstbestimmt die Freizeit organisiert. Das Mädchenhaus organisiert auch viele Fortbildungen und Workshops mit einem Themenspektrum von „Selbstbehauptung“ über „Sexuelle Aufklärung und Orientierung“ bis hin zum „Umgang mit dem Internet“.

Mit seinen Flexiblen Hilfen wendet sich das Mädchenhaus an Mädchen, junge Frauen und junge Mütter mit ihren Kindern. Ein ganzes Team von gut ausgebildeten Sozialpädagoginnen unterstützt die Betroffenen in besonderen und schwierigen Lebenslagen.

Die Probleme der Mädchen reichen über Verhaltensauffälligkeiten, Schulverweigerung, familiäre Konfliktsituationen bis hin zu familiärer Gewalt. Oft gibt es in der Familie Suchtprobleme oder Verwahrlosungstendenzen oder die Rollen in den Patchwork-

Familien müssen gemeinsam geklärt und eingeübt werden. In den Flexiblen Hilfen geht es darum, Mädchen, jungen Frauen und Familien möglichst rasch und nachhaltig aus dieser Lage herauszuhelfen und mit ihnen Wege für einen Anschluss an ein selbst bestimmtes, selbst verantwortliches Leben zu finden.

Im Jahr 2005 wurden die Mittel für die niedersächsischen Mädchenhäuser auf 60.000 Euro jährlich begrenzt. Für das Mädchenhaus Oldenburg war dies eine Kürzung von rund 40.000 Euro oder von mehr als 40 Prozent. Wir wussten damals nicht, ob wir das Mädchenhaus finanziell halten können. Bei einer Kürzung in diesem Ausmaß geht es nicht nur um die existenzielle Bedrohung, es geht auch um die Frage: Ist es der Gesellschaft und ist es der Politik wichtig, Interessen von Mädchen und jungen Frauen ernst zu nehmen?

Auf der einen Seite ist so eine Kürzung eine Aberkennung der geleisteten Arbeit. Die inhaltliche Aussage der Kürzung von Mädchenarbeit lautet: Mädchen und junge Frauen sollen selbst sehen, wie sie mit ihrer mädchen-spezifischen Lebenssituation einschließlich ihrer geschlechts-spezifischen Gewalterfahrung klar kommen.

Für die Mitarbeiterinnen des Mädchenhauses bedeutete die Kürzung eine belastende arbeitsbezogene und persönliche Frustration. So entschied sich zum Beispiel eine sehr engagierte, langjährige Mitarbeiterin dazu, ihren Arbeitsplatz aufzugeben.

Auf der anderen Seite bewirkte die Kürzung enorme ideelle und finanzielle Unterstützung aus ganz unterschiedlichen Kreisen, die uns Kraft gab, in dieser existenziellen Krise weiterzumachen. Weitermachen hieß trotz starkem Gegenwind und Unsicherheit noch mehr zu leisten: Öffentlichkeitsarbeit gegen die Kürzung, Öffentlichkeitsarbeit zum Einwerben von Geldern, um überhaupt weitermachen zu können, zeitgleich pädagogische und finanzielle Konzepte zu verändern oder neu zu entwickeln, eine neue Kollegin zu finden und einzuarbeiten, neue billigere Räumlichkeiten zu suchen und umzuziehen.

20 Arbeitsstunden pro Woche mussten wir streichen, Sprech- und Öffnungszeiten reduzieren. Statt die bis dahin gut laufende Arbeit auszubauen und weiterzuentwickeln, musste aus rein finanziellen Gründen die Arbeit neu konzipiert und strukturiert werden. Das ergab wiederum entscheidende Einschnitte und Unsicherheiten.

Fünf Jahre später ist die kürzungsbedingte Umstellung abgeschlossen. Insgesamt muss heute wesentlich mehr Arbeitszeit in die Mittelbeschaffung investiert werden. Zeit, die für die pädagogische Arbeit und pädagogischer Konzeptentwicklung fehlt.

Derzeit gehen erneute Kürzungssandrohungen durch die Presse. Ob die Mädchenhäuser auch diese überstehen ist fraglicher als vor fünf Jahren.

*Doris Beel  
Mädchenhaus Oldenburg e.V.*

## VAMV: Ein sozialer Verband für Alleinerziehende, Familien und Frauen

VAMV – das steht für den Zusammenschluss alleinerziehender Mütter und Väter. Die bundesweit tätige Selbsthilfeorganisation besteht in Niedersachsen seit 1973. Als Familienverband setzt sie sich für die Gleichstellung aller Familien ein. Als Frauenverband kämpft sie für die Einkommensgleichheit für Frauen – 90 Prozent der Alleinerziehenden sind weiblich. Als sozial aktiver Verein hat der VAMV den Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen als Dachverband gewählt.

Seit 1993 unterstützt das niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration die Landesgeschäftsstelle im Rahmen einer institutionellen Förderung.

Die sozialpädagogisch besetzte Anlaufstelle für rund 238.000 Elternfamilien in Niedersachsen übernimmt folgende Aufgabenschwerpunkte:

- Telefonische und schriftliche (auch per Mail) Einzelfallberatung
- Aufbau und Begleitung der ehrenamtlichen Strukturen
- Vermittlung von Fachinformationen
- Schulung Ehrenamtlicher
- Interessenvertretung auf politischen und verbandlichen Ebenen
- Koordination und Durchführung von Familienfreizeiten mit Bildungsangebot
- Akquirierung von Drittmitteln zur Durchführung des umfangreichen Aufgabenspektrums

In Zahlen drückt sich die Arbeit für

2009 folgendermaßen aus:

- 289 Einzelfallberatungen
- 397 Begleitgespräche für Ehrenamtliche der 14 VAMV Gruppen
- 5 Familienfreizeiten für 68 Familien und ihren 99 Kindern
- 2 Fachveranstaltungen und 2 Ehrenamtlichenschulungen
- 174 Fachgespräche mit weiteren Verbänden und Institutionen



Gut besucht: Ein Seminar des VAMV im „Haus Sonnenwinkel“ in Bad Essen.

Die Landesförderung stagniert auf Höhe von 51.130 € seit ihrer Erstbewilligung im Jahr 1993. Für die fachliche Ausgestaltung stehen nur noch 33 Wochenstunden zur Verfügung. Die Bürotätigkeiten werden über verschiedene Fördertöpfe der Agentur für Arbeit abgedeckt, die Buchführung erfolgt ehrenamtlich. Für Schulungen und Projekte gibt es Kooperationen mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen, mit der Glücksspirale, der Ländlichen Erwachsenenbildung und der Aktion Mensch. Familienfreizeiten und Erholungen werden vom Land Niedersachsen unterstützt. Somit kommt auf einen Euro Landesmittel ein weiterer Euro an Drittmittel.

Ein Wegfall der Landesförderung hätte gravierende Auswirkungen für die Alleinerziehenden in Niedersachsen. Die Geschäftsstelle, die den Dreh- und Angelpunkt für die gesamte ehrenamtliche Arbeit darstellt, müsste geschlossen werden. Dadurch kämen gleichzeitig die meisten Angebote zum Erliegen: Die Erstberatung von Alleinerzie-

henden, die Lösungswege eröffnet und somit präventiv wirkt, würde ebenso entfallen wie die fachliche Betreuung der Selbsthilfegruppen, die Gründung neuer Gruppen und die Ehrenamtlichenschulung. Familienfreizeiten mit Bildungsangeboten könnten nicht mehr durchgeführt, Familienerholungsmaßnahme nicht mehr vermittelt werden. Die fachspezifische kollegiale Beratung und Informationsweitergabe würde unterbleiben. Wenn die Landesförderung eingestellt würde, ist frauen- und familienpolitische Interessenvertretung im politischen und gesellschaftlichen Raum ist nicht mehr gegeben.

Monika Placke  
VAMV Niedersachsen e.V.



Aus den Ergebnissen des Evaluationsworkshops können die Teilnehmer Schlüsse und Anregungen für die Weiterentwicklung und Qualitätssicherung ihrer Arbeit ableiten.

Wohin wendet sich ein Inhaftierter, der nach Verbüßen einer Haftstrafe von Monaten oder Jahren die JVA verläßt? Wo treffen ehemalige Straffällige Menschen mit ähnlichen Erfahrungen bei der Wohnungssuche oder in Bewerbungsgesprächen mit Arbeitgebern? Was tun, wenn man die Mahnung zum Begleichen der Geldbuße zum wiederholten Male ignoriert hat, weil irgendwelche finanziellen Schwierigkeiten aufgetreten sind oder den Menschen diese Dinge einfach über den Kopf wachsen?

Das Netz der Anlaufstellen für Straffällige ist nicht nur bei diesen Fragen eine gute, wenn nicht die erste Adresse für Menschen, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind. 14 Anlaufstellen werden landesweit gefördert, das bedeutet, dass die meisten Regionen Niedersachsens über eine Anlaufstelle verfügen, wenn es auch einige weiße Flecken gibt. So hat Wolfsburg als eine der größten Städte Nie-

dersachsens keine Anlaufstelle. Die Anlaufstellen in Göttingen, Braunschweig und Lüneburg werden von Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsens e.V. betrieben.

#### **Neu: Geldverwaltung statt Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen**

Am 1. Januar 2010 hat in Niedersachsen die Umsetzung des Konzepts „Geldverwaltung statt Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen“ begonnen. Ziel ist es, Straffälligen zu helfen, ihre Geldstrafe in sinnvollen Raten abzuzahlen und so den Haftantritt zu vermeiden. Die Umsetzung wird von den Anlaufstellen für Straffällige über ihre bisherige Arbeit hinaus geleistet. Schon in der Erarbeitungsphase des Konzepts hatten sich die Mitgliedsorganisationen der Wohlfahrtsverbände aktiv durch Fachgespräche, Stellungnahmen und die Durchführung der Modellprojektphase

(u. a. in der Anlaufstelle des Vereins K.i.K. – Kontakt in Krisen – in Göttingen) beteiligt. Nach den Erfahrungen des Modellprojekts und der flächendeckenden Umsetzung nach den ersten fünf Monaten zeigt sich, dass das Konzept ein großer Erfolg ist.

„Haftvermeidung war immer das maßgebliche Ziel der Arbeit im Fachbereich Straffälligenhilfe im Paritätischen“, sagt Sebastian Böstel, Vorstand im Paritätischen. „Dies kann nur durch Hilfen geschehen, die an den Ursachen für Straffälligkeit ansetzen. An dem Erfolg des Konzepts Geldverwaltung zeigt sich besonders gut, dass nicht die Böswilligkeit der Verurteilten, sondern Überforderung und Armutprobleme der Hauptgrund sind, wenn Geldstrafen nicht beglichen werden. Die Hilfe der Anlaufstellen erspart hier nicht nur dem Staat Ausgaben, sondern ist vor allem soziales Handeln für die betroffenen Menschen.“

So sehr der Erfolg der Maßnahmen auch freut, bei den Mitarbeitenden der Anlaufstellen melden sich zwiespältige Gefühle in Anbetracht des regen Zulaufs von Menschen, die das Angebot nutzen möchten. „Wir müssen aufpassen, dass auch unsere sonstige Beratungsarbeit nicht zu kurz kommt“, geben die Vertreter der Anlaufstellen zu bedenken. „Wir haben insgesamt kaum Personal und können solche Zusatzaufgaben leider nicht auf viele Köpfe verteilen“, spricht Marian Goiny von der Anlaufstelle Lüneburg und Sprecher des Arbeitskreises Straffälligenhilfe im Paritätischen das Dilemma zwischen Bedarf und Kapazitäten an. Verständlich, denn einige Anlaufstellen verfügen nur über zwei Sozialarbeiterstellen. Dass es schon eine Warteliste für die Teilnahme am Konzept gebe, sehen die Mitglieder des Arbeitskreises Straffälligenhilfe mit Unbehagen. Mehr Personal einzustellen, lässt die Finanzierungssituation der Träger jedoch nicht zu – diese ist auch nach der Erhöhung des Haushaltstitels für die Unterstützung der Anlaufstellen nach wie vor ausgesprochen schwierig.

### **Forschungsprojekt „Straffälligenhilfe im Wandel“**

Dass die dünne Personaldecke die große Herausforderung für die Einrichtungen der freien Straffälligenhilfe, darunter die Anlaufstellen, darstellt, gehört auch zu den Erkenntnissen der soziologischen Untersuchung „Straffälligenhilfe im Wandel – qualifizierend-begleitende Evaluation der Freien Straffälligenhilfe“<sup>1</sup>, die als Forschungsprojekt der Fachhochschule Ostfalia durchgeführt und nun zu Beginn des Jahres abgeschlossen werden konnte. Fünf Straffälligenhilfe-

vereine aus der Mitgliedschaft des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen e.V. haben an dem Forschungsprojekt teilgenommen, um eine objektive Auswertung ihrer täglichen Arbeit und eine Außenblick auf die Abläufe und Wirkungsweisen der Tätigkeit ihrer Einrichtungen zu bekommen. Hieraus lassen sich Schlüsse und Anregungen für die Weiterentwicklung und Qualitätssicherung der Arbeit ableiten.

Untersucht wurden neben organisatorischen und strukturellen Aspekten der Einrichtungen ihre Klientenstruktur und der damit einhergehende Betreuungsaufwand, die Beratungs- und Betreuungsinhalte aus Mitarbeiter- wie Klientensicht sowie die Wirkung der Angebote auf die Klienten. Die Studie bescheinigte den Einrichtungen der Freien Straffälligenhilfe dabei im Ergebnis eine hohe Professionalität und Qualität der Arbeit sowie nachweisbare Verbesserungen für die Lebenssituation der betreuten Menschen.

„Je nach Themenfeld nehmen ca. 80% bis 95 % der Klienten zumindest eine teilweise Verbesserung ihrer Lebenssituation wahr.“<sup>2</sup> Weiterhin wurde „danach gefragt, welchen Anteil die jeweilige Einrichtung [der freien Straffälligenhilfe] an der festgestellten Veränderung hat. [Es] ergibt sich, dass themenabhängig 80 – 95% der Klienten [...] [den] Einrichtungen [...] teilweise die Verantwortung dafür zurechnen. [...] 80 – 90% der Klienten erkennen erhebliche Lerneffekte bei sich, die aus der Arbeit mit den Einrichtungen resultieren. [...] Selbst dem Statement, „durch die Beratung und Betreuung mache ich keine Schul-

den mehr“, stimmen [...] 71% der Klienten zu.“<sup>3</sup> Zusammenfassend wird aus den Ergebnissen der Klientenbefragung gefolgert, dass „das Wirken der Freien Straffälligenhilfe den Klienten somit Sicherheit gibt, für Entlastung sorgt, der sozialen Vereinsamung vorbeugt, eine optimistischere Grundeinstellung fördert und das eigenverantwortliche Handeln der Klienten forciert.“<sup>4</sup>

Die prekäre finanzielle Situation der Einrichtungen und insbesondere der Anlaufstellen blieb den Evaluatoren jedoch auch nicht verborgen, mitsamt der nachteiligen Begleiterscheinungen für die Arbeit. So betont der Abschlussbericht der Forschungsarbeit auch, dass alle Einrichtungen der freien Straffälligenhilfe „zwingend darauf angewiesen [sind], weitere Finanzierungsquellen zu erschließen“<sup>5</sup>, so dass „für die klientenunabhängigen Aufgaben erhebliche Zeitressourcen aufgewendet werden“<sup>6</sup> müssen. Der „Druck, die Finanzierung und damit die Existenz der Einrichtungen zu sichern“<sup>7</sup>, entsteht aus Abhängigkeit von der Vergabe öffentlicher Mittel, die allesamt nicht planbar sind, wie auch der Forschungsbericht erläutert. Er geht im Folgenden auch darauf ein, dass wie im Falle der Finanzierung über Bußgeldzuweisungen, eine Konkurrenz sozialer und kultureller Einrichtungen untereinander besteht. Diese erfordert von den Einrichtungen wiederum den Einsatz von Ressourcen für Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit. Neben der – nachgewiesen erfolgreichen – Arbeit für die Klienten und der politischen Gremientätigkeit für eine professionelle Weiterentwicklung der Straffälligenhilfe eine weitere Aufgabe, welche die Einrichtungen der Straffälligenhilfe leisten.

Bei einer Kürzung der Fördermittel könnte im Bereich der Straffälligenhilfe nur an den Personalkosten der Anlaufstellen gespart werden. Dies würde sich wiederum auf die Klienten auswirken, von denen weniger betreut würden. Ehemalige Inhaftierte müssten sich nach ihrer Entlassung alleine zurecht finden, etwa bei der Suche nach Arbeit oder anderen Bezügen. Ein Anstieg der Rückfallquote wäre zu befürchten, was nicht nur mehr Inhaftierte, sondern auch mehr Opfer mit sich bringen würde. Das Projekt „Geldverwaltung statt Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen“ müsste ebenfalls deutlich reduziert werden.

Dennoch, die Straffälligenhilfe im Paritätischen igelt sich nicht ein. Das Thema Entlassungsmanagement für Inhaftierte in Niedersachsen treibt sie ebenso an und um wie die Weiterentwicklung haftvermeidender Maßnahmen insbeson-

dere für junge Straffällige. Für den Herbst planen die Mitglieder des Arbeitskreises zu diesen Themen überregionale Fachveranstaltungen.

Steffi Becker  
Arbeitskreis Straffälligenhilfe

---

<sup>1</sup>Haas, Ute Ingrid/Hollmann, Reiner: *Straffälligenhilfe im Wandel; Der Forschungsbericht wird im September 2010 in Buchform veröffentlicht. Sämtliche Zitate und Seitenangaben beziehen sich auf die dem Paritätischen vorab zur Verfügung gestellte Paperbackversion.*

<sup>2</sup>Haas/Hollmann, 2010, S. 242 (Paperbackversion)

<sup>3</sup>Haas/Hollmann, 2010, S. 243 (Paperbackversion)

<sup>4</sup>Haas/Hollmann, 2010, S. 244 (Paperbackversion)

<sup>5</sup>Haas/Hollmann, 2010, S. 47 (Paperbackversion)

<sup>6</sup>Haas/Hollmann, 2010, S. 48 (Paperbackversion)

<sup>7</sup>Haas/Hollmann, 2010, S. 49 (Paperbackversion)

## Nicht immer im Trend: Unterstützen statt einsperren!

Marvin, 18 Jahre alt, sitzt gemeinsam mit sieben anderen männlichen Jugendlichen und zwei Mitarbeitern im Gruppenraum von KWABSOS e.V. in Hildesheim. So, wie er da sitzt, macht er den Eindruck, als ob er kein Wässerchen trüben könnte. Aber er sitzt nicht ohne Grund hier: Gemeinsam mit seinem gleichaltrigen Freund hat er ein jüngeres Mädchen zum Oralverkehr genötigt, sie dabei mit seinem Handy gefilmt und das Video an mehrere Mitschüler verschickt. Wegen „sexueller Nötigung“ und der „Herstellung und Verbreitung kinderpornografischer Schriften“ wurde er vom Jugendgericht unter anderem zur Teilnahme an einem sozialen Trainingskurs verurteilt. Hier muss Marvin sich in der Gruppe mit seinen Straftaten auseinandersetzen, an seinem Frauenbild arbeiten, viel über Respekt und die

Regeln des gesellschaftlichen Umgangs lernen. Allerdings geht es bei ihm wie bei den anderen Teilnehmern, die allesamt aufgrund einer richterlichen Weisung bei KWABSOS gelandet sind, auch um seine eigene Geschichte, um Erlebnisse und Menschen, die ihn geprägt und zu dem gemacht haben, der er heute ist. Darüber hinaus geht es um schulische und berufliche Perspektiven, denn alle wissenschaftlichen Studien und praktischen Erfahrungen zeigen, dass eine verbesserte Zukunftsperspektive die Wahrscheinlichkeit neuer Straftaten geringer werden lässt. Oder anders ausgedrückt: Je mehr Marvin zu verlieren hat, desto weniger wird er weitere Straftaten begehen.

Wie hier bei KWABSOS in Hildesheim gibt es in Niedersachsen zahlreiche freie und öffentliche Trä-

ger, die soziale Trainingskurse, Einzelbetreuungen, Werkstattkurse oder betreute Arbeitsweisungen für straffällig gewordene junge Menschen durchführen.

### **Unterstützen und fördern statt ausgrenzen und einsperren**

Diese ambulanten sozialpädagogischen Maßnahmen nach dem Jugendgerichtsgesetz sind das Resultat gemeinsam getragener Bemühungen von Praxis, Wissenschaft und Politik, effizienter auf Jugendkriminalität zu reagieren. Im Vordergrund steht die Suche nach Alternativen zu freiheitsentziehenden Sanktionen, die infolge ihrer bekanntermaßen schädlichen Auswirkungen erneuter Straffälligkeit junger Menschen gerade nicht entgegen wirken: Der Freiheitsentzug ist oft ein Risikofaktor für die Verfestigung krimineller

Karrieren. Die ambulanten sozialpädagogischen Angebote fokussieren hingegen die konkreten Lebenssituationen der Jugendlichen und bieten bedarfsgerechte Unterstützungsleistungen an: Auf der Grundlage individueller Zielvereinbarungen werden sozialpädagogische Förderangebote für den einzelnen jungen Menschen bereitgestellt. Neben Bildungsangeboten für soziales Lernen und den Erwerb von Handlungskompetenz stehen weitere, auf den Einzelfall zugeschnittene Unterstützungsleistungen, die auf die Entwicklung realistischer Zukunftsperspektiven zielen.

Nach bundesweiter Erprobung und Bewährung finden die ambulanten sozialpädagogischen Maßnahmen seit 1990 im Katalog der jugendrichterlichen Weisungen des Jugendgerichtsgesetzes explizite Erwähnung.

### Niedersachsen als Leuchtturm

Sieht man sich im Bundesgebiet um, scheint Niedersachsen in der Förderung solcher Angebote wegweisend zu sein. 1980 hat das niedersächsische Ministerium der Justiz (MJ) in Uelzen den Modellversuch „Ambulante sozialpädagogische Betreuung junger Straffälliger“ eingerichtet. Auf der Grundlage der positiven Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung hat das MJ 1984 beschlossen, das Modell dauerhaft weiterzuführen und den landesweiten Aufbau vergleichbarer Angebote voran zu treiben. So werden seit 1991 in Niedersachsen ambulante sozialpädagogische Maßnahmen der Jugendhilfe für junge Straffällige mit Landesmitteln gefördert. Grundlage sind gemeinsame Richtlinien des Kultus- und des Justizministeriums beziehungsweise – ab 2005 – des Sozial- und des Justizministeriums. Im Jahr 2008

wurden insgesamt 64 Einrichtungen aus Landesmitteln gefördert – ein flächendeckendes Angebot! Vor sieben Jahren, als die finanzielle Lage des Landes zwar schwierig war, sich aber weitaus nicht so prekär darstellte wie heute, setzte die damalige Landesregierung das Programm auf die Streichliste, die Zuschüsse



Bei Berufsvorbereitungsmaßnahmen, wie hier im handwerklichen Bereich, erlernen die Jugendlichen neue Tagesstrukturen.

sollten komplett gestrichen werden. Diese Bedrohung konnte damals dank eines breiten Bündnisses aus Jugendhilfe, Politik und insbesondere der Justiz abgewendet werden. Es bleibt abzuwarten, ob das Bekenntnis zur Sinnhaftigkeit der ambulanten Maßnahmen auch unter den veränderten finanziellen Rahmenbedingungen des Landes Bestand hat.

### Chronische Unterfinanzierung

So erfreulich die landesweite Förderung in Niedersachsen ist, so chronisch ist allerdings auch in den mei-

sten Einrichtungen die Finanznot: seit 1991 ist die pauschale Finanzierung der geförderten Personalstellen auf 17 500 Euro eingefroren, 50 Prozent einer vollen Stelle lassen sich damit aber schon lange nicht mehr finanzieren. Auch die Kommunen sehen sich häufig nicht in der Lage, die tatsächlich entstehenden Restkosten zu übernehmen, so dass viele Träger mit einer ständig drohenden Unterfinanzierung zu kämpfen haben und permanent mit der Einwerbung weiterer Mittel beschäftigt sind. Dies bindet zeitliche und personelle Ressourcen, die entweder von der Betreuungszeit abgehen oder die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der freien Träger zu unbezahlter Mehrarbeit zwingt.

### Jugendhilfe im Strafverfahren

Einige Kommunen gehen inzwischen neue Wege und erkennen die Unterstützung junger Menschen im Strafverfahren als eine Pflichtaufgabe an. Gemeinsam haben beispielsweise KWABSOS e.V., Stadt und Landkreis Hildesheim ein Finanzierungsmodell entwickelt, das bedarfsorientiert ausgerichtet ist und eine zeitnahe und ausreichende Unterstützung straffällig gewordener junger Menschen ermöglicht. Die von KWABSOS erbrachten Betreuungsleistungen werden unter Anrechnung der Landeszuwendung über Fachleistungsstunden abgerechnet.

Unumstritten ist dieses Modell unter den Trägern, die sich in einer Landesarbeitsgemeinschaft zusammen geschlossen haben, jedoch nicht. Zum einen geht das Finanzierungsrisiko komplett auf den Träger über, was in kleinen Amtsgerichtsbezirken durchaus problematisch werden kann. Auch die



Integration freiwilliger Teilnehmer wird erschwert. So scheint es bei der finanziellen Absicherung keinen Königsweg zu geben, vielmehr sollte vor Ort eine angemessene und kostendeckende Lösung erarbeitet werden. Die Landeszuwendung muss dabei als verlässlicher Baustein auf jeden Fall erhalten oder ausgeweitet werden.

### Breite Angebotspalette

An vielen Standorten haben die freien Träger im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte ihre Angebote diversifiziert: KWABSOS bietet neben den klassischen Betreuungsweisungen und Trainingskursen inzwischen ein gesondertes „Coolness-Training“ für massiv gewaltbereite junge

Menschen, niedrigschwellige Berufsvorbereitungsmaßnahmen, eine Bau- und Kfz-Werkstatt, betreutes Wohnen für junge Haftentlassene und eine Mutter-Kind-Betreuung an. Seit wenigen Wochen hat KWABSOS darüber hinaus vom Niedersächsischen Landesamt für Soziales die Erlaubnis zur Übernahme von Vereinsvormundschaften erhalten und bereits den ersten Fall vom Amtsgericht übertragen bekommen. Wie in allen anderen Bereichen richtet sich KWABSOS dabei insbesondere an strafrechtlich gefährdete Kinder und Jugendliche.

Nach etwa sechs Monaten endet der soziale Trainingskurs von Mar-

vin. Neue Straftaten hat er zum Glück nicht begangen, dafür hat ihn das Jobcenter im Rahmen einer AGH Stelle (Arbeitsgelegenheit) in unsere Autowerkstatt vermittelt. Hier kann er zumindest für sechs bis zwölf Monate sein erstes eigenes Gehalt verdienen, kann sich an eine feste Tagesstruktur und regelmäßige körperliche Arbeit gewöhnen und erhält Unterstützung bei der weiteren Berufswegeplanung. Marvin hat sich entschieden, nach der Arbeit in der Werkstatt zunächst seinen Realschulabschluss nachzuholen – einen Platz im Volkshochschulkurs hat er bereits sicher.

*Thomas Tugendheim*  
KWABSOS e.V.

## Werkstätten in Gefahr

Seit 1997 betreibt KWABSOS eine Bau und eine Kfz-Werkstatt, in denen je acht benachteiligte und zum Teil straffällig gewordene Menschen im Alter von 18 bis 25 Jahren auf eine Ausbildung oder eine Arbeitsstelle vorbereitet werden. Durch die Ausrichtung auf straffällig gewordene junge Menschen mit einem Schwerpunkt Migration erfüllt KWABSOS in Abstimmung mit dem Jobcenter Hildesheim und der Handwerkskammer Hildesheim-Süd-niedersachsen eine wichtige arbeitsmarktpolitische Aufgabe im Kontext des Hildesheimer Unterstützungssystems für Arbeitsmarktintegration. Dabei zeichnen sich die Werkstätten als wirtschaftliche Zweckbetriebe durch eine große Arbeitsmarktnähe aus, um eine bestmögliche Vorberei-

tung der jungen Menschen zu ermöglichen und um einen „Realitätsschock“ zu vermeiden. Nach der Teilnahme in unseren Werkstätten erfolgt bei vermittelten Teilnehmern eine Integrationsbegleitung durch unsere sozialpädagogischen Fachkräfte, um die Nachhaltigkeit zu sichern.

Trotz der äußerst schwierigen Zielgruppe konnten wir in den letzten Jahren gute Erfolge verbuchen: Von 25 Teilnehmern, die die Maßnahme bspw. 2009 verlassen haben, wurden lediglich sieben wieder arbeitslos, ein Weiterer wurde inhaftiert. Alle anderen Teilnehmer konnten in eine Ausbildung, in Arbeit oder in andere berufsvorbereitende Maßnahmen vermittelt werden, ein Teilnehmer entschied sich während der Maß-

nahme, seinen Wehrdienst anzutreten.

Seit 1996 wurden die Werkstätten aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert. Allerdings muss jährlich ein neuer Antrag gestellt werden, und der Antrag für 2010 wurde aufgrund zu geringer Fördermittel in diesem Förderprogramm abgelehnt. Trotz umfangreicher Einsparungen und einer Zuwendung des Paritätischen Niedersachsens ist die Situation kritisch und es kann momentan nur darum gehen, dieses Jahr ohne große Verluste zu überstehen. Ein Betrieb der Werkstätten in den nächsten Jahren wird ohne die Förderung aus ESF-Mitteln nicht möglich sein.

*Thomas Tugendheim*

## Initiative für ein Internationales Kulturzentrum: Annäherung der Kulturen



*In den Projektwochen Kunst-Literatur-Musik lernen Schüler fremde Kulturen kennen.*

Gemeinsam statt ausgegrenzt, voneinander lernen statt vorzuurteilen – seit 1989 setzt sich die Initiative für ein Internationales Kulturzentrum IIK e.V. für eine Kultur des Zusammenlebens in einer Gesellschaft ein, die sich ihrer vielfältigen kulturellen Wurzeln bewusst ist. Einheimische, Eingewanderte, Flüchtlinge und Minderheitsgruppen arbeiten für ein gemeinsames Ziel: Die politische Gleichberechtigung und rechtliche Gleichstellung aller Menschen in Niedersachsen. Dieses Ziel lebt die IIK selbst vor. Der Vorstand, die bezahlten Kräfte und die vielen Ehrenamtlichen kommen aus über 30 Nationen und Kulturen.

Die IIK unterstützt zahlreiche Migranten-Selbst-Organisationen, die auch selbst Ausdruck lebendigen Zusammenlebens sind. Die Initiative stellt ihnen Räume für Gruppentreffen zur Verfügung, die IIK-Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen helfen den Organisationen als „Übersetzer“ und „Sprachmittler“ dabei, Verwaltungsstrukturen von Anträgen und Abrechnungen zu verstehen. Auch die

Öffentlichkeitsarbeit der Organisationen wird von der IIK übernommen. So können die Migranten-Selbst-Organisationen mit der Stadtöffentlichkeit verknüpft werden – andernfalls würden diese wertvollen Mosaiksteine einer modernen Stadtgesellschaft wohl nicht sichtbar werden.

Neben der Beratungstätigkeit liegen die Schwerpunkte der IIK in der Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation von Projekten und Kulturveranstaltungen unter Beteiligung von Personen und Institutionen aus verschiedenen Ländern. Ziel ist die nachhaltige Förderung der Verständigung und der Partizipation von Mitgliedern von Minderheiten und Mehrheitsgesellschaft. Die IIK setzt sich für eine offene Gesellschaft, für eine demokratische, gemeinsame Zukunft aller ethnisch-kulturellen Gruppen ein. Sie engagiert sich für einen interkulturellen Dialog zwischen gleichberechtigten Partnern und Partnerinnen in einer größeren Vielfalt von Kulturen und für einen produktiven und kreativen Umgang mit Konflikten gegen das Klima von

Ausgrenzung, Gewalt und Rassismus. Verschiedene Kulturen sollen sich einander annähern und Wertschätzung füreinander schaffen.

Ein Beispiel für diese Arbeit ist das Projekt „Unsere Stadt ist Vielfalt“. Hier haben Menschen aus über 20 Kulturen in den Projektwochen Kunst-Literatur-Musik in den Gymnasien Tellkampfschule und Ricarda-Huch-Schule 2009 vorgestellt und mit den Schülern und Schülerinnen entwickelt. Sieben Dichter aus sieben Ländern, von einer 18-jährigen Schülerin aus Syrien bis zu einem 65-jährigen Vietnamesen, lasen ihre Lyrik in ihrer Muttersprache vor, Schüler und Schülerinnen der hannoverschen Schulen trugen anschließend die deutsche Übersetzung vor. Nicht nur die rein lautlichen Unterschiede der Sprachen wurde den jungen Menschen so im direkten Vergleich präsentiert, sondern auch wie verschiedenen Sprachen Emotionen vermitteln. Mit Spaß und Weitblick wurde so das Anderssein des anderen als Bereicherung für sich selbst begriffen.

Aktuell steht die Realisation einer Ausstellung an, die im Oktober 2010 eröffnet wird. In enger Zusammenarbeit mit dem Vietnam-Zentrum-Hannover e.V. wurden vietnamesische Familien als „Zeitzeugen deutscher und vietnamesischer Geschichte“ interviewt. Heute leben vietnamesische „Boat-People“ als Flüchtlinge vor dem kommunistischen Vietnam und VertragsarbeitnehmerInnen aus der damaligen DDR etwa zu gleichen Teilen in Hannover. Sie kommen aus einem Land Vietnam, das auch „vereinigt“ wurde. Gefördert von der Stadt Hannover, von der Region, dem Paritätischen Niedersachsen, dem VNB und in Kooperation mit der Leibniz Universität und der Stiftung Leben und Umwelt, kann

anhand von Lebensgeschichten die gemeinsam erlebte deutsche Geschichte aus verschiedenen Perspektiven dargestellt werden und von Deutschen und Migranten diskutiert werden.

Projekte dieser Art sind wichtig, denn es besteht ein enormer Nachholbedarf für in Niedersachsen lebenden Menschen mit Migrationshintergrund. In Hannover und der Region ist die von der Landesregierung geförderte Beratung von Einzelpersonen, Gruppen und Vernetzung als nachholende Integration besonders knapp ausgestattet. Die IIK wird als Integrationsberatung vom Land Niedersachsen mit einer Pauschale für eine Dreiviertelstelle gefördert. Sollte diese Förderung ent-

fallen, würde das Beratungsangebot für Migranten der IIK zusammenbrechen. Vereine und Gruppen, die mit der IIK zusammenarbeiten, müssten ihre Arbeit ebenfalls einschränken, gemeinsame Projekte könnten nicht weiter realisiert werden. Die besondere Stärke der IIK, die unmittelbare Zusammenarbeit mit den Migranten-Selbst-Organisationen, würde wegfallen. Dabei gilt im Berufsleben, in der Schule, beim Zugang zu sozialen Unterstützungsstrukturen und vielem anderen mehr: Gleichberechtigte Partizipation von Migranten braucht (noch) Unterstützung und Beratungsstrukturen.

Roger Toppel  
Initiative für ein Internationales  
Kulturzentrum IIK e.V.



## Paritätische Kampagne gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Armut und soziale Ausgrenzung hat viele Gesichter. Ob die Diskussionen über Hartz IV in Fernsehtalkshows, das Mobbing eines Teenagers, der günstige und somit die „falschen“ Klamotten trägt, die tägliche Sorge von Eltern, die ihren Kindern den Klassenausflug nicht finanzieren können, der Alltag von alten, behinderten oder psychisch kranken Menschen – soziale Ausgrenzung ist mehr als Armut. Und Armut ist mehr als ein zu geringes Einkommen. Armut bedeutet auch gesellschaftliche Isolation, geringere Chance auf Bildung und Leben am Rande des Existenzminimums. Die EU hat 2010 zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ ausgerufen. Für den Paritätischen Wohlfahrtsverband, der sich seit

mehr als 20 Jahren intensiv mit dem Thema befasst, der unter anderem den Armutsatlas veröffentlicht und sich für die Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze stark gemacht hat, sind Armut und soziale Ausgrenzung wichtige Themen der täglichen Arbeit – in jedem Jahr.

Um die Öffentlichkeit noch mehr auf das Problem aufmerksam zu machen, beteiligt sich der Paritätische Niedersachsen deshalb mit einer besonderen Kampagne an dem EU-Jahr. Auf der Internetseite [www.gegen-soziale-ausgrenzung.de](http://www.gegen-soziale-ausgrenzung.de) stellen der Landesverband und zahlreiche seiner rund 800 Mitgliedsorganisationen Aktionen, Informationen und Fachbeiträge vor. Betroffene erzählen, mit welchen Problemen sie im Alltag zu kämp-

fen haben. Mitgliedsorganisationen beschreiben Aktionen, mit denen sie gegen Armut und soziale Ausgrenzung angehen. Viele dieser Aktionen gehören zu ihrer täglichen Arbeit, andere wurden speziell anlässlich des EU-Jahres ins Leben gerufen.

Auf [www.gegen-soziale-ausgrenzung.de](http://www.gegen-soziale-ausgrenzung.de) berichtet der Paritätische von diesen Feiern, Infoveranstaltungen, Thementagen und Fachtagungen, gibt einen Überblick über anstehende Termine und stellt weiterführende Literatur bereit.

Wir bitten die Mitgliedsorganisationen, sich aktiv an der Kampagne zu beteiligen – schicken Sie Beiträge, Texte und Bilder an: [kampagne@paritaetischer.de](mailto:kampagne@paritaetischer.de)



## LAG-Kampagne

### „Typen gesucht“

Im Bereich der Pflege wird derzeit von einer jährlichen Steigerung des Fachkräftsbedarfs um drei Prozent ausgegangen – gleichzeitig hat sich bereits in den vergangenen Jahren bei den Ausbildungsplätzen das Verhältnis von Bewerbern zu freien Plätzen gravierend verschlechtert. Um diesen Trend entgegenzuwirken, hat die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Niedersachsen (LAG FW) die Kampagne „Typen gesucht“ ins Leben gerufen. Ziele der Kampagne sind es, zum einen das Image der Pflegeberufe aufzubessern: Die Gesellschaft soll dazu aufgerufen werden, sozialen Fachkräften die Wertschätzung entgegenzubringen, die diese Berufe angesichts ihrer Arbeit für das Gemeinwohl verdienen. Mit Informationen über die positiven Aspekte der Arbeit soll außerdem das zweite Ziel der Kampagne erreicht werden: Es geht

darum, vor allem junge Menschen vor der Berufswahl anzusprechen und sie für eine Tätigkeit in den sozialen Arbeitsfeldern zu gewinnen. Die Kampagne will die ganze Vielfalt der Sozialberufe zeigen und das Arbeitsfeld begreifbar machen.

Die Schwerpunkte der Kampagne sind multimedial. Dreh- und Angelpunkt ist die Internetseite [www.typen-gesucht.de](http://www.typen-gesucht.de), auf der alle Aktionen, Angebote und Informationen über die Berufe und Termine gebündelt und präsentiert werden. Als Medienpartner, der seine überwiegend junge Zuhörerschaft über die Kampagne und aktuelle Informationen dazu versorgt, wurde der Radiosender N-Joy aus der Senderfamilie des Norddeutschen Rundfunks gewonnen. Flyer und Broschüren zur Kampagne werden in Schulen, Jugendeinrichtungen und Mitgliedsorganisation der LAG-FW verteilt.

Werbefilme und Clips, die im Internet und per Handy abrufbar sind, nutzen weitere Medien zur Verbreitung der Kampagne. Schirmherr der Kampagne ist der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff.

Höhepunkt der Kampagne ist die Aktionswoche vom 6. bis zum 12. September, an der sich zahlreiche Einrichtungen in Niedersachsen beteiligen. Jugendliche haben in dieser Woche die Möglichkeit, einmal „live“ in einen sozialen Beruf hineinzuschmecken. Die Einrichtungen bieten Hospitanzen, Infotage oder andere Aktionen an, die Jugendliche sollen dafür Unterrichtsbeurlaubung erhalten.

Weitere Informationen sowie einen Überblick über die Termine gibt es im Internet auf [www.typen-gesucht.de](http://www.typen-gesucht.de).

## Bildung als Satzungsziel verankert

### Mitgliederversammlung des Paritätischen Gesamtverbandes trifft zukunftssträchtige Entscheidungen



Die Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes traf in Potsdam zukunftsweisende Entscheidungen.

Entscheidungen von großer Bedeutung für die Zukunft des Gesamtverbandes hat die Mitgliederversammlung des Paritätischen Ende April im Rahmen des Verbandstags in Potsdam getroffen. Einstimmig beschloss sie, die fachliche und methodische Förderung und Weiterentwicklung der vorschulischen, schulischen und außerschulischen Bildung in die Verbandsatzung aufzunehmen. Seit einigen Jahren verstärkt der Paritätische sein Engagement im Bereich der Bildung und macht sich auch für gemeinnützige Bürgerschulen als Ergänzung zum staatlichen Schulwesen stark. Dieses Engagement, so Barbara John, Vorsit-

zende des Paritätischen Landesverbandes Berlin, müsse auch dezidiert in der Satzung als Verbandszweck Niederschlag finden. Bislang lief die Vertretung von Mitgliedsorganisationen mit Bildungsauftrag unter der Überschrift „soziale Arbeit“, weil es sich entweder um Bildung für benachteiligte Personengruppen mit sozialintegrativem Charakter handelte, um ganzheitliche Betreuungskonzepte, die sich nicht auf die reine Wissensvermittlung beschränkten, oder um die Berufsbildung für soziale Berufe. Dieses Spektrum wurde inzwischen allerdings deutlich erweitert und wird noch an Bedeutung zunehmen,

denn, so Verbandsvorsitzender Dr. Eberhard Jüttner: „Bildung ist die beste Armutsbekämpfung.“

#### **Statt „christlicher“ nun „religiöse und humanitäre Verantwortung“**

Den sich verändernden Realitäten angepasst wurde ein weiterer Passus der Satzung. Hieß es in Paragraph 3 bislang, der Verband arbeite aus „christlicher und humanitärer Verantwortung und zwar ohne konfessionelle und parteipolitische Bindungen“, so wurde der Begriff „christlich“ nun durch „religiös“ ersetzt. Jetzt heißt es: Der Paritätische „ist ein Verband eigenständiger Or-

ganisationen, Einrichtungen und Gruppierungen unterschiedlicher Weltanschauungen, die ihre Arbeit aus religiöser und/oder humanitärer Verantwortung leisten. Der Verband ist weder kirchlich noch parteipolitisch gebunden.“ Mit dieser Formulierung, die bei zwei Enthaltungen von der großen Mehrheit der Stimmberechtigten beschlossen wurde, trägt der Verband der Tatsache Rechnung, dass sich unter seinem Dach eine Vielzahl von Migrantinnen und Migranten mit anderer religiöser Überzeugung engagieren.

### Erhöhung der Mitgliedsbeiträge

Eine weitere wichtige Entscheidung hatte die Mitgliederversammlung im Zusammenhang mit der künftigen Finanzierung der Verbandsarbeit zu treffen. Angesichts der zu erwartenden Mindereinnahmen bei Zuwendungen und zweckgebun-

denen Fördermitteln müsste der Verband bei gleich bleibenden Mitgliedsbeiträgen auf absehbare Sicht von der Substanz leben. Da die erweiterte Finanzkommission aus Mitgliedern des Verbandsrates und der Landesverbände weder bei Personal- noch Sachkosten nennenswertes Einsparpotenzial fand, sieht sie eine Steigerung der Eigenmittel über eine Anhebung der Mitgliedsbeiträge als alternativlos an. Dieser Einschätzung hat sich der Verbandsrat des Paritätischen Gesamtverbandes ebenfalls angeschlossen. Daher wurde der Mitgliederversammlung empfohlen, die Anhebung der Mitgliedsbeiträge für die Landesverbände und überregionalen Mitgliedsorganisationen mit Wirkung zum 1. Januar 2011 zu beschließen. Die Argumentation überzeugte das Gros der Delegierten: Die Erhöhung wurde bei acht Gegenstimmen und vier Enthaltungen mit großer Mehrheit beschlossen.

Es ist binnen 28 Jahren erst das zweite Mal, dass die Mitgliedsbeiträge angehoben wurden. Die letzte Beitragserhöhung liegt mittlerweile zwölf Jahre zurück. Und die Beiträge, so konnte Hauptgeschäftsführer Dr. Ulrich Schneider versichern, sind gut investiert – nicht nur in eine fachliche Arbeit von hoher Qualität, eine enorm erfolgreiche Interessenvertretung und ein breites sozialpolitisches Engagement. Alleine 2008 hat der Gesamtverband 63 Millionen Euro für seine Mitgliedsorganisationen akquiriert und weitervermittelt – ein Plus von 14 Prozent gegenüber 2007. „Wir schütten 52-mal so viele Mittel aus, wie wir an Mitgliedsbeiträgen einnehmen. Das entspricht der Verzinsung von 5200 Prozent“, rechnete Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider vor.

Ulrike Bauer  
Paritätischer Gesamtverband



## Landtagsabgeordnete im friesischen Schullandheim „Voslapp“

Dem hölzernen Schild mit der Aufschrift „Husdör“ folgend, fanden Anfang April die Abgeordneten der Wahlkreise Wilhelmshaven und Friesland – Herr Dr. Uwe Biester (CDU) und Herr Olaf Lies (SPD) – den Weg um den achtzigjährigen Klinkerbau herum in den gemütlichen Sitzungs- und Unterrichtsraum des Schullandheim „Voslapp“ im friesischen Zetel/Fuhrenkamp. Hier erwarteten sie die Vertreterinnen und Vertreter des Fachbereichs Schullandheime des Paritätischen Niedersachsen mit Kaffee, selbstverständlich auch Tee, und vielen wichtigen Anliegen zum Gespräch.

Die Heimleiter und Vorstände der niedersächsischen Schullandheime aus der Mitgliedschaft des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen e.V. legten die breite Angebotspalette ihrer Häuser dar, von erlebnispädagogisch orientierten Aufenthalten mit Hochseilgarten und Kletterparcours im Freien, über thematische Projektwochen zum Thema gesunde Ernährung mit Brotbackangeboten bis hin zu karitativen Projekten wie einer kostenfreien Ferienwoche für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen. In dem Gespräch mit Herrn Dr. Biester wurde der zunehmende Bildungsbedarf im Bereich der Sozial- und Alltagskompetenzen, mit denen sich Schulen konfrontiert sehen, thematisiert. Diesen Bedarf konnte der als Rechtsanwalt tätige Abgeordnete aus seiner beruflichen Erfahrung heraus gut nachvollziehen. Die Angebote der Schullandheime bieten hier Möglichkeiten zu präventivem pädagogischem Handeln



*Diskutierten im friesischen Zetel (von links): Dieter Daniels, Vorstand Schullandheim Voslapp, Dr. Uwe Biester, CDU-Abgeordneter Wahlkreis Wilhelmshaven, Lothar Mauß, Vorstandsvorsitzender Schullandheim Voslapp, Steffi Becker, Fachberaterin Schullandheime Paritätischer Niedersachsen und Sebastian Böstel, Vorstand Paritätischer Niedersachsen.*

und zusätzliche Gelegenheit, Perspektiven zu eröffnen und Defizite anzugehen.

An den Beispielen der Arbeit aus den einzelnen Häusern wurde der Unterschied zwischen dem Führen eines reinen Beherbergungsbetriebes und eines pädagogischen Angebots unter Einschluss von Übernachtungsmöglichkeiten deutlich. Obgleich den Abgeordneten stolze Belegungszahlen und aus diesen Einnahmen getätigte Investitionen in die zum Großteil denkmalgeschützten Gebäude dargelegt werden konnten, wiesen die Vertreter der Heime mit Nachdruck darauf hin, dass ihre Bildungs- wie ihre wohlfahrtspflegerische Arbeit nicht die finanziellen Gewinne abwerfen können, um die schönen alten Gebäude in einen wünschenswerten Zustand zu versetzen. Gerade die energetische Sanierung auf modernen Stand, der auch dem hohen ökologischen Anspruch der Schullandheime entsprechen würde, ist aus den laufenden Einnahmen der gemeinnützigen Vereine nicht vollständig zu stemmen.

Neben Vielfalt und Qualität der Angebote für die Schüler- und Jugendgruppen erfuhren die Vertreter von CDU und SPD auch etwas über den Umfang an ehrenamtlich geleisteter Arbeit in den Schullandheimen und die enge Kooperation mit den Bildungsträgern und den touristischen Angeboten vor Ort. Herr Lies sagte, er halte die Vernetzung in der Region sowie auch die konzeptionelle Vernetzung der Schullandheimträger in Niedersachsen für zukunftsweisende Ansätze, die er gern unterstützen möchte.

Nach Verabschieden der Gäste widmeten sich die „Schullandheimer“ wieder der Arbeit an der Weiterentwicklung der Schullandheimangebote zu einem integrierten Gesamtkonzept vernetzter Bildungsangebote für nachhaltige Entwicklung, nun mit etwas mehr Hoffnung, dass diese Arbeit künftig in ihrer Wirksamkeit nicht nur verbessert wird, sondern dabei auch stärker wahrgenommen und natürlich unterstützt wird.

*Steffi Becker  
Fachberaterin Schullandheime*

## Fachbereich Sucht verabschiedet Resolution

Die Selbsthilfegruppen im Fachbereich Sucht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. haben eine Resolution veröffentlicht, die ihre immer schwieriger werdende Zusammenarbeit mit Kliniken und Fachstellen thematisiert und einen besseren Dialog der Einrichtungen untereinander fordert. In den vergangenen 20 Jahren haben sich die Selbsthilfe auf der einen und die professionellen Beratungseinrichtungen und Kliniken auf der anderen Seite immer weiter voneinander entfernt, sagt Dietmar Schlüter, Mitglied im Verbandsrat des Paritätischen, Vorsitzender der Freien Suchtkrankenselbsthilfe Niedersachsen (FSN) und Mitautor der Resolution: „Wir sind an der Schmerzgrenze angekommen. Wenn wir jetzt nicht in den

Dialog treten, ist das Suchthilfesystem gefährdet.“

Die Selbsthilfegruppen leiden vielfach unter eigenen, strukturellen Problemen, es kommen zu wenige neue Mitglieder und Helfer nach. Um diesem Trend entgegenzuwirken, setzen die Gruppen auf konventionelle Aktionen der Öffentlichkeitsarbeit, präsentieren sich beispielsweise auf Stadtfesten und bieten Interessierten kostenfreie Vorbereitungskurse für die Medizinisch-Psychologische Untersuchung an. Die wirtschaftliche Konkurrenz seitens professioneller Hilfseinrichtungen, auf die sie dabei stoßen, wird immer größer. Die Umbauversuche der Kosten- und Leistungsträger in der Suchthilfe wird von den Selbsthilfegruppen ebenfalls

mit großer Besorgnis zur Kenntnis genommen. „Wir befürchten, dass etablierte Therapiekonzepte aus Unkenntnis nicht mehr berücksichtigt werden“, sagt Dietmar Schlüter. Die Reduzierung auf die Nachsorge wird nach Auffassung der Gruppen der Arbeit der Suchtselbsthilfe nicht gerecht.

Bei einer Fachtagung der Selbsthilfegruppen im Fachbereich Sucht im September 2009 hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beschlossen, eine Resolution zu verfassen, um die Diskussion anzuregen und die Selbsthilfe wieder als eigenständige Hilfeform ins Bewusstsein zu rufen. Auf seiner Sitzung am 10. April hat der Fachbereich Sucht die fertige Resolution verabschiedet.

## Wird Abstinenz zum Alleinstellungsmerkmal der Suchtselbsthilfe?

Demografischer Wandel und Kostendruck sind auch am Suchthilfesystem nicht vorbei gegangen und haben zu einem Aus – und Umbau zugunsten ambulanter professioneller Leistungen geführt.<sup>1</sup>

Im öffentlichen Raum ist ein Feuerwerk spezieller Anforderungen entstanden, wie z.B.:

- Umgang mit jugendtypischem Risikoverhalten (Stichwort: Koma-saufen)
- Antworten auf Binge-drinking,
- verhaltenstherapeutische Modelle bei riskantem und/oder missbräuchlichem Konsum (Stichwort: kontrolliertes Trinken)
- Gruppenangebote für junge Leute

- Beratung für Frauen
- Angebote für Menschen mit Vermittlungshemmnissen

und scheint das Versagen der klassischen Suchthilfetrias (Selbsthilfe, Beratung, Fachklinik) und ihrer gewachsenen Beratungs- und Behandlungsmöglichkeiten und Kompetenzen (Motivation, Entgiftung, Entwöhnung, Stabilisierung, Nachsorge, lebenslanges Lernen) zu beweisen.<sup>2</sup>

Wir möchten betonen, dass die hier benannte Kritik nicht auf alle Regionen und nicht auf alle Leistungserbringer gleichermaßen zutrifft, jedoch wird die Situation von den Suchtselbsthilfeverbänden mehr-

heitlich so erlebt. Auch stellen wir regional funktionierende Kooperationen nicht in Frage.

Auch die Verbände der Suchtselbsthilfe setzen sich mit diesen Fragestellungen auseinander und sind nicht jedem Trend gefolgt.

Wir beobachten mit Sorge zunehmende Schuldzuweisungen („Ihr könnt ja nicht ...“ „Dafür fehlt das Geld ...“) und Fehlentwicklungen, die ihren Schwerpunkt in dem Merkmal der „Wiederherstellung der Arbeitskraft“ nach SGB VI haben. Hierbei verlassen wesentliche Träger der Suchthilfe den Pfad einer ganzheitlichen abstinenzorientierten Behandlung.



Wir finden zunehmend die Situation vor, dass Menschen mit Alkoholproblemen von der professionellen Suchtkrankenhilfe das Ziel der Abstinenz als eine von mehreren Möglichkeiten vermittelt bekommen. Die Selbsthilfe scheint die letzte Bastion der abstinenzorientierten Suchtkrankenhilfe zu werden.

Das Ringen der Leistungserbringer um ihr wirtschaftliches Überleben und um Marktanteile sowie die Vorgaben der Kosten- und Leistungsträger beeinträchtigen zunehmend die nachhaltige Qualität der Suchthilfe. Angesichts wirtschaftlicher und politischer Interessen von Behörden, Fachdiensten und Institutionen gerät der Hilfebedarf abhängiger Menschen, welcher über aktuelle Behandlungsmaßnahmen hinausreicht, allzu leicht aus dem Blick.

Die Suchtselbsthilfeverbände im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen beobachten mit Sorge die – auch in der ambulanten Versorgung praktizierte – verlängerte Orientierung auf professionelle Unterstützung und die damit verbundene Einrichtung von, zeitlich begrenzten, angeleiteten Gruppen unter dem Etikett „Selbsthilfe“. Die Idee der Selbsthilfe als lebenslange Abstinenzbegleitung wird dadurch unterhöhlt. „Gruppe“ erscheint nur noch notwendig für die labile erste Genesungszeit. Die dankbare Weitergabe von Gelerntem und Erfahrenen in guten Zeiten kommt in dieser Gruppenform nicht vor. Diese so genannte Nachsorge macht Müde und verhindert lebenslanges Lernen.

Das in der Suchtselbsthilfe praktizierte Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ zeigt, dass nur eine konsequente Ausrichtung an den alltagsprak-

tischen Lebens- und Teilhabebedürfnissen abhängiger Menschen und ihrer Angehörigen zum Erfolg führt. Hieraus hat sich eine langjährige partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Fachkliniken, Fachambulanzen und Selbsthilfe entwickelt. Wir haben den Eindruck, dass sich manche Therapeuten in Suchtberatungsstellen und Fachkliniken unter den derzeitigen Rahmenbedingungen nur noch auf die Erbringung ihrer professionellen Hilfen konzentrieren und damit die Möglichkeiten zum lebenslangen Lernen in der Suchtselbsthilfe ausgrenzen.<sup>3</sup>

Wenn familiäre, soziale und berufliche Stützfaktoren im Alltag abhängiger Menschen immer öfter ausfallen, ist es umso wichtiger, dass professionelle Hilfen und die Selbsthilfe sich nicht gegenseitig aus dem Blick verlieren, damit unsere Klienten tragfähige Perspektiven für eine suchtmittelfreie Le-

bensgestaltung entwickeln und in der Tiefe ihrer Persönlichkeit gesunden können.

Wir fordern: einen Dialog über die Übergänge von der professionellen Hilfe zur Suchtselbsthilfe, der eine wohnortnahe, ganzheitliche und abstinenzorientierte Versorgung abhängiger Menschen gewährleistet. Vernetzung in der Suchthilfe muss mehr sein, als die Summe einzelner Leistungsbausteine.

Verabschiedet durch den Fachbereich Sucht des Paritätischen Niedersachsen am 10.04.2010

*Dietmar Schlüter,  
Freie Suchtkrankenselbsthilfe  
Niedersachsen  
Gerrit Mühlbrandt, IOGT  
Niedersachsen  
Hans Erich Kluge, Wolfgang Arnecke,  
Ingrid Zimmermann, Gruppe 77,  
Barsinghausen*

---

<sup>1</sup> *Sinnvolle Ergänzung oder Konkurrenz? Keinen harmonischen Start hatte die Deutsche BKK mit der Präsentation einer geplanten ambulanten Entgiftung mit wöchentlicher Gruppentherapie in Wolfsburg (Wolfsburger Nachrichten 5.12.2009 <http://www.newsclick.de/index.jsp/menu-id/2165/artid/11375756> )*

<sup>2</sup> *Am 15.12.2009 meldete die Bundesdrogenbeauftragte: „25.700 Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 20 Jahren wurden 2008 stationär behandelt. Das entspricht einer Steigerung um 11 % im Vergleich zum Vorjahr. Seit der Ersterhebung im Jahr 2000 (9.500 Kinder und Jugendliche) sind die Alkoholvergiftungen damit um 170 % gestiegen.“ Ähnliche Steigerungsraten waren aber auch in den Altersgruppen der 40 bis 55 jährigen zu verzeichnen. Folgte man zur Quelle der Statistik (Statistisches Bundesamt) dann hätte der Unterschied zwischen 246000 behandlungsbedürftigen Männern und 88000 Frauen vielleicht mehr Anlass zur Sorge gegeben. [http://www.bmg.bund.de/cln\\_178/nn\\_1191726/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/Drogenbeauftragte/2009/09-12-15\\_20PM\\_20Krankenhauseinlieferungen\\_20Alkohol.html?\\_\\_nnn=true](http://www.bmg.bund.de/cln_178/nn_1191726/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/Drogenbeauftragte/2009/09-12-15_20PM_20Krankenhauseinlieferungen_20Alkohol.html?__nnn=true)*

<sup>3</sup> *Die Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Themenheft 40, 2008 – Alkoholkonsum und alkoholbezogene Störungen, weist in dem Kapitel über Therapieergebnisse bei Alkoholabhängigkeit ausdrücklich darauf hin, dass die Effizienz von Selbsthilfegruppen klinisch offensichtlich ist, aber aus methodischen Gründen bislang kaum untersucht wurde. Z.B. konnte die Überlegenheit kognitiver Verhaltenstherapie gegenüber Selbsthilfekonzepten nicht sicher nachgewiesen werden. [http://www.rki.de/cln\\_179/nn\\_199850/DE/Content/GBE/Gesundheitsberichterstattung/GBE-DownloadsT/alkoholkonsum,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/alkoholkonsum.pdf](http://www.rki.de/cln_179/nn_199850/DE/Content/GBE/Gesundheitsberichterstattung/GBE-DownloadsT/alkoholkonsum,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/alkoholkonsum.pdf)*

## Deutsches Studentenwerk stellt Sozialerhebung vor

### Wichtige Erkenntnisse zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Studierenden

Alle drei Jahre werden die Studierenden in Deutschland im Rahmen der Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks zu ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage befragt. Finanziert wird die repräsentative Studie vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, wissenschaftlich durchgeführt vom Hochschul-Informationssystem. An der jüngsten, 19. Sozialerhebung nahmen im Sommer 2009 16 370 Studierende von 210 Hochschulen teil. Ende 2010 soll eine Sonderauswertung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der ausländischen Studierenden in Deutschland erscheinen, im Frühjahr 2011 ist ein Sonderbericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bachelor-Studierenden vorgeesehen. Auch für den Hochschulstandort Göttingen wird es wieder eine Sonderauswertung geben.

Nach den Zahlen, die Forscherinnen und Forscher des Hochschul-Informationssystem (HIS) für die inzwischen 19. Sozialerhebung ermittelt haben, spielt der Bildungsstatus der Eltern eine entscheidende Rolle, ob jemand in Deutschland studiert oder nicht – ganz besonders der Hochschulabschluss. In der neuen Sozialerhebung ist die Bildungsbeziehung aus dem Jahr 2007 abgebildet: Von 100 Akademiker-Kindern studieren 71, von 100 Kindern aus Familien ohne akademische Tradition studieren nur 24. Im Jahr 2005 war das Verhältnis 83:23, im Jahr 2003 83:26. Kinder von Beamten mit Hochschulabschluss studieren fast viermal so häufig wie Arbeiterkinder. Dennoch: Erstmals seit Jahrzehnten gibt es an deutschen Hochschulen

wieder mehr Arbeiterkinder. Ihr Anteil stieg in den vergangenen Jahren leicht von 13 auf 15 Prozent.

Die neue Sozialerhebung belegt erstmals, wie die Studierenden in Deutschland ihre Studienbeiträge bezahlen: Für 59 Prozent bezahlen die Eltern, 30 Prozent der Studierenden greifen auf Mittel aus eigenem Verdienst zurück, nur 11 Prozent nehmen ein Darlehen in Anspruch. Derzeit werden Studienbeiträge in sechs Bundesländern erhoben. Allerdings gibt es deutliche Unterschiede nach der sozialen Herkunft: In hohen Herkunftsgruppen bezahlen die Eltern, Studierende aus niedriger Herkunftsgruppe jobben mehr und nehmen stärker Darlehen in Anspruch.

Das durchschnittliche studentische Budget in Deutschland beträgt 812 Euro im Monat, das sind 5 Prozent mehr als 2006. Dabei gibt es erhebliche Schwankungen: Einem Fünftel steht weniger als 600 Euro monatlich zur Verfügung, 17 Prozent haben mehr als 1000 Euro. Die drei wichtigsten Quellen der Studienfinanzierung sind die Eltern, die Nebenerwerbstätigkeit und das BAföG. Dabei ist der Finanzierungsanteil der Eltern erstmals seit 1991 rückläufig. Damit kommt zum Ausdruck, dass Eltern aus mittlerer und niedriger sozialer Herkunftsgruppe an ihre Belastungsgrenze stoßen. Die Erhebung zeigt auch: In München geben die Studierenden im Schnitt mit 348 Euro pro Monat am meisten für die Miete aus. Nicht wesentlich geringer sind die Ausgaben in Hamburg, Köln, Düsseldorf und Frank-

furt/Main. In Göttingen lässt sich bereits für durchschnittlich 140 Euro eine Bleibe finden.

Am zufriedensten mit ihrer Wohnsituation äußern sich Studierende, die mit ihrem Partner in der eigenen Wohnung zusammen leben, am unzufriedensten sind diejenigen, die bei ihren Eltern leben, zur Untermiete wohnen oder im Wohnheim. Allerdings belegt eine kürzlich erstellte Studie, dass neun von zehn Studierenden wieder ins Wohnheim ziehen würden. 85 Prozent der Studierenden nutzen die Verpflegungsangebote in den Mensen – im Schnitt viermal die Woche. Der typische Mensagast ist männlich, die Nicht-Nutzer sind eher weiblich.

Insgesamt arbeiten heute 66 Prozent aller Studierender neben ihrem Studium. Das sind drei Prozent mehr als noch 2006. Im Schnitt jobben die angehenden Akademiker neben Vorlesungen und Seminaren rund 13,5 Stunden die Woche – was für nicht wenige zu einer Gesamtbelastung von insgesamt über 50 Stunden führt.

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Bachelor-Studierenden unterscheidet sich nicht wesentlich von jener der Studierenden in den alten Studiengängen. Der Zeitaufwand im Bachelor-Studium ist geringer als in Staatsexamens- oder Diplom-Studiengängen. Aber für 19 Prozent der Bachelor-Studierenden ist zeitliche Belastung zu hoch.

*Christa Mirwald  
Studentenwerk Göttingen*

## Erfolgreich unterwegs!

### Der Musik-in-Liner des Paritätischen trifft mit seinen vielfältigen musikpädagogischen Angeboten auf großes Interesse

Seit mehr als einem Jahr ist der Musik-in-Liner des Paritätischen nun schon in Niedersachsen unterwegs. In dieser Zeit hat das „rollende Musikstudio“ an vielen Stationen Halt gemacht und insbesondere jungen Menschen in unterschiedlichsten Lebenslagen die Möglichkeit gegeben, sich musikalisch auszuprobieren und auszudrücken. Seinen gut gefüllten Jahresfahrplan 2010 hat der Musik-In-Liner bereits zur Hälfte hinter sich gebracht. Einige der Stationen sind in ganz besonderer Erinnerung geblieben.

Am 15. März war das Team des Musik-In-Liners im Rahmen des „Aktionstages für Zivilcourage und gegen Gewalt“ am Gymnasium am Wall in Verden zu Besuch. Dort erstellten rund 20 Jugendliche mit Unterstützung von zwei Dozenten einen Rap-Song über ihre eigenen Erfahrungen mit Zivilcourage und Gewalt im Alltag. Der Song wurde mit der im Musik-in-Liner vorhandenen Technik aufgenommen worden und konnte von den Jugendlichen anschließend in Form einer CD mit nach Hause genommen

werden. Und auch die Schüler und Schülerinnen, die nicht selbst teilnahmen, konnten sich von dem Ergebnis überzeugen, als der fertige Song über die Beschallungsanlage der Schule gespielt wurde.

Über sehr beeindruckende Momente berichteten die Dozenten, die mit dem Musik-in-Liner vom 29. bis zum 31. März sowie von 6. bis zum 8. April im Cochlear Implant Centrum „Wilhelm Hirte“ der Hannoverschen Kinderheilanstalt Station machten. Das Cochlear Im-



Spaß im rollenden Studio: Im Rahmen des FSJ-Seminars „Music of my life“ der Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste (IJGD) Landesverein Niedersachsen e.V. nehmen die jungen Teilnehmer einen Song auf.



plant Centrum ist eine therapeutische Einrichtung für gehörlose und hörbeeinträchtigte Kinder und Jugendliche mit einer Innenohrprothese, die sie beim Hören unterstützt. Beim Ausprobieren der Instrumente und gemeinsamen Musizieren im Musik-in-Liner konnten die beteiligten Kinder und Jugendlichen die Musik auf ganz besondere Weise wahrnehmen und ihr Körpergefühl schulen.

Am 28. April war der Musik-in-Liner bei dem FSJ-Seminar „Music of my life“ der Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste (IJGD) Landesverein Niedersachsen e.V. zu Gast. Die jungen Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Seminars arbeiteten einen Tag lang mit zwei Dozenten an einem eigenen Song. Von der ersten Idee über das Texten, Arrangieren, Einspielen und Einsingen wurden die jungen Musikmacher beim Produzieren ihres Songs in Kleingruppen angeleitet. anschließend fanden im Musik-in-Liner die Aufnahmen statt. Am Ende eines langen und erfolgreichen Tages hielten sie ihren Song auf CD in den Händen.

Schließlich ist der Musik-in-Liner auch beim alljährlichen Straßen- und Kinderfest rund um den 1. Mai



Kommt viel in Niedersachsen herum: Der Musik-In-Liner.

in Hannover mit von der Partie gewesen. Dort bekamen zahlreiche junge Besucher die Gelegenheit, einen Blick in den Musik-in-Liner zu werfen und einmal ein Instrument auszuprobieren. Viele haben davon Gebrauch gemacht und es zeigte sich einmal mehr, wie gut sich das Medium Musik für die Arbeit mit jungen Menschen eignet.

Ziel dieser und der vielen anderen Einsätze des Musik-in-Liners ist es, dass insbesondere auch benachteiligte Kinder und Jugendliche die Möglichkeit erhalten, unter professioneller Anleitung und professionellen Rahmenbedingungen Musik als kreatives

Ausdrucksmedium für sich zu entdecken und zu nutzen. Dieses Anliegen setzt der Paritätische in Kooperation mit der Mitgliedsorganisation MusikZentrum Hannover gemeinnützigen GmbH um. Dass der Musik-in-Liner so erfolgreich unterwegs ist, ist vor allem auch den engagierten Dozentinnen und Dozenten zu verdanken, deren Einsatz zusammen mit den Einsätzen des Musik-in-Liners durch das MusikZentrum koordiniert werden.

Der Musik-in-Liner des Paritätischen wird noch bis zum 30.06.2011 aus Mitteln der ARD Fernsehlotterie gefördert, soll aber nach Möglichkeit auch darüber hinaus für musikpädagogische Projekte in Niedersachsen eingesetzt werden. Wir werden an dieser Stelle über die nahe wie ferne Zukunft des Musik-in-Liner berichten.

Weitere Informationen zu dem Projekt finden Sie im Internet unter: <http://musikinliner.de>

Sven Dickfeld  
Jugendbildungsreferent

## Der Paritätische Medien-Service (PMS)

immer aktuell im Internet:

Rubrik Presse auf [www.paritaetischer.de](http://www.paritaetischer.de) oder

im E-Mail-Abo – schreiben Sie an [presse@paritaetischer.de](mailto:presse@paritaetischer.de)

## Paritätischer Friesland plant „Tante-Emma-Laden auf Rädern“

„CAP-Markt“ der Lebenshilfe Cuxhaven liefert die preisgünstigen Waren  
für den rollenden Supermarkt



Regelmäßig wird das Fahrzeug des Paritätischen Friesland von den Mitarbeitern des Cuxhavener CAP-Marktes mit den zuvor bestellten Waren beladen. Foto: parilKlocke

Seit dem Massensterben der kleinen Lebensmittelgeschäfte in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts haben vor allem ältere und alleinstehende Menschen Versorgungsprobleme: Sie sind auf Gedeih und Verderb auf die Fahrdienste motorisierter Angehöriger oder Nachbarn angewiesen. Das könnte sich erfreulicherweise bald ändern: Der Paritätische Friesland plant – nach dem Vorbild seiner Schwesterorganisation im Cuxhaven – einen „Tante-Emma-Laden auf Rädern“ einzurichten. Was für Varel, Jever und Wilhelms-

haven geplant ist, funktioniert im Raum Cuxhaven bereits seit etlichen Wochen recht erfolgreich. Dort liefern die Fahrerinnen und Fahrer des Pari-Dienstes „Essen auf Rädern“ an ihre Kunden in Stadt und Land die zuvor via Internet, Telefon oder persönlicher Bestellung gewünschten Waren des täglichen Bedarfs durch das Paritätische Personal aus.

Im CAP-Markt Cuxhaven – er wird unter dem Dach der Lebenshilfe von behinderten und nichtbe-

hinderten Mitarbeitern betrieben – werden die Bestellungen individuell und sorgsam in Kartons und Styroporbehältnisse verpackt und durch die Fahrdienste des Paritätischen an die Besteller ausgeliefert. Für jeden Besuch des „Rollenden Supermarktes“ berechnet der Servicedienst des Paritätischen je nach Entfernung der Lieferadresse eine Gebühr zwischen drei und fünf Euro. Für Qualität und günstige Preise sorgt einer der größten deutschen Discounter, der Lebensmittel-Konzern Edeka.

Wie funktioniert die Bedienung im ersten friesischen Tante-Emma-Laden auf Rädern? Bei den Geschäftsstellen des Paritätischen Friesland, also in Varel und Jever, lässt sich der reich bebilderte Katalog des Frischemarktes CAP kostenlos anfordern. Auch das Fahrpersonal des Paritätischen hält den aktuellen Katalog parat.

Wer seine Bestellung direkt bei dem Cuxhavener Markt aufgeben möchte, kann dies unter folgenden Rufnummern tun: telefonisch unter 04721/591533 oder per Fax an 04721/591534. Geliefert wird dann alles an einen festgelegten Wochentag vom Pari-Fahrdienst „Essen-auf-Rädern“. Hier einige Informationen zum

CAP-Frischemarkt: In dem modernen Supermarkt an der Freiherr-vom-Stein-Straße 46 in Cuxhaven arbeiten unter der Leitung von Madeleine Pohl – sie hat eine Ausbildung als Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung absolviert – elf Mitarbeiter. Darunter sind sieben junge Frauen und Männer mit Behinderungen. Madeleine Pohl sagt, der Grundgedanke einen solchen Markt zu gründen, sei „die Verbesserung der Arbeitsplatzsituation und die Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung“ gewesen.

In Deutschland gibt es – mit steigender Tendenz – seit der Grün-

dung vor zehn Jahren bereits 80 CAP-Filialen. Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bemühen sich mit hohem persönlichem Einsatz und bewundernswertem Engagement der Maxime des Unternehmens gerecht zu werden: „Wir wollen das tun, was gemeinsam besser getan werden kann, als es der Einzelne tun könnte!“

Auf diesen Wegen sind die Bestellungen in Friesland möglich: Telefon: 04451/91460 und 04461/93020, nähere Informationen bietet das Internet unter [www.paritaetischerfriesland.de](http://www.paritaetischerfriesland.de) oder unter [www.tanteemma-laden-auf-raedern.de](http://www.tanteemma-laden-auf-raedern.de)

*pari/dik*



Selbstverständlich können auch Obst, Gemüse, Milch- und Fleischwaren sowie Tiefgefrorenes bestellt und geliefert werden. Die Wünsche der Kunden werden von den Markt-Mitarbeiterinnen zusammengestellt. Foto:Pari/Klocke

## SoVD Niedersachsen ist neues Mitglied

### Sozialverband und Paritätischer kooperieren



Auf gute Zusammenarbeit: Ralf Hohfeld (von links) und Sebastian Böstel begrüßen Edda Schliepack und Dirk Swinke.

Die sozialen Gedanken stehen bei beiden im Vordergrund, die Themenfelder überschneiden sich an vielen Stellen – nun haben der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. und der niedersächsische Landesverband des Sozialverbands Deutschland (SoVD) ihre Kooperation ganz offiziell gemacht: Der SoVD ist seit April Mitglied im Paritätischen Landesverband.

„Was lange währt, wird endlich gut, schön, dass es jetzt geklappt hat“, mit diesem Worten begrüßte die 2. Landesvorsitzende des SoVD, Edda Schliepack, den Vorstand des Paritätischen Niedersachsen, Sebastian Böstel, und Ralf Hohfeld,

Geschäftsführer des Paritätischen Hannover, zum offiziellen Aufnahme Termin in den Räumen des Sozialverbandes.

„Mit dem SoVD Niedersachsen können wir ein potentes neues Mitglied begrüßen“, erklärte Böstel bei der Übergabe der Mitgliedsplakette. Durch die Aufnahme des SoVD als Mitgliedsorganisation ist die Mitgliederzahl des Paritätischen Niedersachsen auf knapp eine Million Mitglieder angewachsen. „Wir freuen uns auf die vor uns liegenden fachlichen Diskussionen im konstruktiven Sinne“, sagte Böstel.

Die Überreichung der Mitglieds-

plakette war eigentlich nur noch Formsache, denn beide Partner wissen aus jahrelanger Zusammenarbeit, was sie aneinander haben. So haben sich SoVD und Paritätischer beispielsweise bereits im Arbeitskreis Pflege gemeinsam engagiert.

„Es war immer eine sehr angenehme Zusammenarbeit“, sagte Schliepack. „Die Paritäten behandeln viele Grundsatzthemen und wir sind froh, dass wir uns jetzt gegenseitig bereichern können.“ Eines dieser Themen zeichnete sich bereits bei dem Begrüßungsgespräch ab, als schnell eine lebhafte Diskussion über Inklusion und Integration begann. „Das wird eine der Herausforderungen für die nächste Zeit werden, die wir gemeinsam ins politische Land bringen wollen“, sagte Dirk Swinke, Geschäftsführer des SoVD Niedersachsen.

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen hat mehr als 255 000 Mitglieder, die in 43 Kreis- und knapp 1300 Ortsverbänden organisiert sind. In den 60 niedersächsischen Beratungszentren des Verbands können sich die Mitglieder zu allen Fragen des Sozialrechts informieren lassen.

Der SoVD versteht sich als sozialer, zukunftsorientierter Dienstleistungsverband, der sich unter anderem für soziale Sicherheit und Chancengleichheit für sozial schwache Menschen und benachteiligte Bevölkerungsgruppen einsetzt.

## „Schön, dass Sie wieder in Hannover sind“

### VdK zieht von Oldenburg in die Landeshauptstadt



Willkommen in der Landeshauptstadt: Sebastian Böstel begrüßt Ute Borchers-Siebrecht.

Der Landesverband ist zurück in der Landeshauptstadt: Der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen hat im April neue Räumlichkeiten in einer Villa am Schiffgraben in Hannover bezogen. Unter der gleichen Adresse ist nun auch die Rechtsabteilung des Verbandes, die zuvor in der Calenberger Neustadt ansässig war, zu finden. „Es war uns ein großes Anliegen, in der Landeshauptstadt präsent zu sein, unsere Mitglieder schneller zu erreichen und auch selbst schneller erreichbar zu sein“, sagte Landesvorsitzende Ute Borchers-Siebrecht anlässlich der Einweihungsfeier.

Bisher war die Geschäftsstelle der Paritätischen Mitgliedsorganisation in Oldenburg beheimatet. Im Schiffgraben in Hannover stehen nun in zentraler Lage große, helle Bespre-

chungszimmer im ersten Obergeschoss sowie im Erdgeschoss die Büros für die Rechtsberatung zur Verfügung.

Sebastian Böstel, Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen, begrüßte Borchers-Siebrecht und VdK-Landesverbandsgeschäftsführer Klaus-Günter Schmidt und begrüßte sie zu dem Umzug: „Schön, dass Sie zurück in Hannover sind.“ Zwar habe der VdK auch stets von Oldenburg aus in das gesamte Land gewirkt. Doch die Arbeit am politischen Puls der Landes werde immer wichtiger. „Regionale Aspekte spielen auch in Niedersachsen eine Rolle, um so konsequenter ist die Eröffnung der Räume des Landesverbands in der

Landeshauptstadt“, sagte Böstel. Dass sich die Rechtsabteilung des VdK räumlich vergrößert hat, zeige außerdem den gewachsenen Bedarf an Rechtsberatung in einer Zeit der Einsparungen.

Böstel fügte hinzu, dass er sich auf eine nun noch nähere Zusammenarbeit mit dem VdK freue, der für den Paritätischen als solider und gut aufgestellter Sozialverband unverzichtbar sei. Damit sich die Geschäftsführung in den neuen Räumen möglichst schnell heimisch fühlt, hatte Böstel ein passendes Geschenk für die noch recht kahlen Wände des Besprechungszimmers dabei: Eine schicke Wanduhr mit Logo des Paritätischen.

Der Sozialverband VdK hat bundesweit rund 1,5 Millionen Mitglieder, in Niedersachsen-Bremen sind es etwa 60 000, denen landesweit 40 Geschäfts- und Beratungsstellen zur Verfügung stehen. Der VdK setzt sich für soziale Gerechtigkeit ein, Grundlage ist dabei stets die Solidarität Betroffener. Die Ziele des VdK sind die berufliche und gesellschaftliche Eingliederung sowie die soziale Sicherheit seiner Mitglieder.

#### Landesvorsitzende ins Präsidium gewählt

Ute Borchers-Siebrecht, Landesvorsitzende des Sozialverbands VdK Niedersachsen-Bremen, wurde am 18. Mai 2010 beim ordentlichen VdK-Bundesverbandstags als neue Schriftführerin in das siebenköpfige Präsidium des Bundesverbandes gewählt.



## Dem Missbrauch spielerisch vorbeugen

### Ausstellung im Haus der Familie in Celle



*Für die jungen Besucher gab es bei der Ausstellung viel zu entdecken und zu lernen.*

„Gleich siehst du das Wertvollste von der Welt“, lautet die neugierig machende Inschrift auf dem Schild. Wenn die Kinder die dazugehörige Kiste öffnen, sehen sie sich selbst im Spiegelbild. Du bist wichtig! Du entscheidest, du darfst „Nein“ sagen und es gibt gute und schlechte Geheimnisse – diese Botschaften vermittelte die Ausstellung „Echt Klasse“ an die teilnehmenden 450 Schüler aus 15 Grundschulen aus der Stadt und dem Landkreis Celle.

Sexueller Missbrauch ist eine Erfahrung, die man Kindern gerne ersparen möchte. Information und Hilfe bietet die Ausstellung „Echt Klasse“, die vom Kieler Präventionsbüro entwickelt wurde, und vom

Haus der Familie des Paritätischen Celle für Kinder, Eltern, Lehrer und Lehrerinnen in die Stadt geholt wurde. „Echt Klasse“ ist ein in sechs Stationen ausgelegter bunter Spielparcours für Grundschüler. Es geht um das Einüben „Nein“ zu sagen, um den Umgang mit Gefühlen, um unangenehme und angenehme Berührungen, und um den Mut, sich Hilfe zu holen. An den Stationen lernen Kinder, dass der eigene Körper wertvoll ist und jedes Kind ein Recht auf Wohlergehen und Schutz hat.

Maßnahmen in der Präventionsarbeit gegen Gewalt an Kindern weisen ein großes Spektrum auf. Die Ausstellung „Echt Klasse“ konzen-

triert sich vorerst auf Präventionsprinzipien, die im Kern aussagen, dass der beste Schutz vor Gewalt die Stärkung der Persönlichkeit des Kindes ist. Kinder müssen in ihrer Selbstbestimmung unterstützt werden, lernen Grenzen zu setzen, „Nein“ zu sagen und Hilfe zu holen. Ziel einer sinnvollen Präventionsarbeit ist es also, Kinder zu stärken, insbesondere das Vertrauen in die eigenen Gefühle. Eine Grundvoraussetzung zur Stärkung der eigenen Wahrnehmung der Mädchen und Jungen ist eine Erziehungshaltung der Eltern, Lehrer und Lehrerinnen, die dem Kind ein Recht auf Selbstbestimmung im Alltagsleben einräumt.

So werden nicht nur die Kinder für ihre Recht sensibilisiert, sondern im Rahmen des Projektes wurden auch Eltern und Lehrkräfte durch die pädagogischen Mitarbeiterinnen im Haus der Familie fortgebildet. Vielen Lehrkräften und Eltern fällt es schwer, das Tabuthema Missbrauch anzusprechen, da Ängste bestehen, gerade jüngere Kinder zu belasten.

Da die Ausstellung innerhalb der Projektwoche ausschließlich für die angemeldeten Schulklassen zu sehen war, fand zum Abschluss eine öffentliche Veranstaltung für Interessierte statt. Einige Kinder kamen auch ein zweites Mal, um ihren Eltern die Ausstellung zu präsentieren.

Das Haus der Familie ist eine Einrichtung des Paritätischen Celle. In der Einrichtung arbeiten drei Arbeitsbereiche unter einem Dach: das Frauen- und Kinderschutzhaus, die Beratungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt (BISS) und die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle. Die traditionelle Frauenhausarbeit wird im Haus der Familie mit Bereichen der Familienhilfe und Familienbildung verknüpft.

Bei einem polizeilichen Einsatz wegen häuslicher Gewalt kümmern sich die Mitarbeiterinnen des Hauses der Familie um die betroffenen Frauen. Die Polizei informiert die BISS per Fax von einem entsprechenden Einsatz, eine Mitarbeiterin der Interventionsstelle nimmt daraufhin zeitnah Kontakt mit den betroffenen Frauen auf und bietet Unterstützung an: Krisenintervention und psychosoziale Beratung gehören ebenso dazu wie Hilfe bei der Antragstellung nach dem Gewaltschutzgesetz. Bei

Bedarf finden die Frauen, die von physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt betroffen sind, im Frauen- und Kinderschutzhaus Unterkunft. Zur Bewältigung ihrer Gewalterfahrungen werden sie dort weiterhin individuell psychosozial beraten.

Bei rechtlichen, sozialen und allgemeinen Fragen der weiteren Lebensplanung helfen ihnen die Mitarbeiterinnen des Hauses der Familie direkt oder vermitteln sie weiter. Diese traditionelle Frauenhausarbeit wird im Haus der Familie mit den Bereichen Familienhilfe und –

bildung verknüpft. Eltern mit kleinen Kindern bietet das Haus der Familie Beratung und Elternteraining an. In Selbsthilfegruppen tauschen die jungen Familien ihre Erfahrungen aus und holen sich Rat ein. Eine weitere Gruppe wendet sich speziell an Minderjährige und junge Mütter. Schwangere können sich mit allen Fragen und Problemen an die Mitarbeiterinnen des Hauses der Familie wenden – die Einrichtung ist eine anerkannte Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle.

*Paritätischer Celle  
Haus der Familie*

# LOTTERIE GLÜCKSPILZ

**in Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen**



**Hauptgewinne**  
je Serie  
**2 x 500,- €**

**Lotterie für die Freie Wohlfahrtspflege**



## Fragen stellen, Post verteilen und Adressen kleben

### Der Zukunftstag beim Paritätischen Landesverband

Die Geschäftsstelle des Paritätischen Niedersachsen in der Gandhistrasse in Hannover – was passiert da eigentlich den ganzen Tag? Was machen die Männer und Frauen im Sekretariat, in der Buchhaltung, in der Poststelle? Wie wird die Arbeit zwischen den fast 800

Mitgliedsorganisationen verwaltet und koordiniert? Zwei junge Menschen haben den Arbeitsalltag beim Landesverband für einen Tag „live“ miterlebt. Mimmi Becker und Ansgar Kleine, beide 14 Jahre alt, verbrachten ihren Zukunftstag am 24. April beim Landesverband.

Für die jungen Schüler aus der Region Hannover – Mimmi Becker wohnt in Wülferode und geht zur IGS Kronsberg, Ansgar Kleine wohnt in Eilvese und besucht eine Schule in Neustadt am Rübenberge – stand ein abwechslungsreicher Tag an. Sie sahen nicht nur einer oder zwei, sondern gleich vier Abteilungen bei der Arbeit über die Schulter: Im Haus machten sie im Sekretariat, in der Poststelle, in der Allgemeinen Verwaltung und in der Mitgliederförderung Station. Dort durften die beiden nicht nur ganz viele Fragen stellen, die alle geduldig beantwortet wurden, sondern auch selbst mitarbeiten, zum Beispiel die Post verteilen.

Der Zukunftstag hat den beiden 14-jährigen Spaß gemacht. Ansgar hat viele Einblicke hinter die Kulissen eines Wohlfahrtsverbandes bekommen. Er wollte gerne einmal sehen, wie viel Verwaltungsarbeit hinter einem Wohlfahrtsverband steckt. Auch Mimmi war mit Eifer dabei, nur das Aufkleben der Adressen, das an dem Tag einen großen Teil der Arbeit in der Poststelle ausgemacht hat, fand sie eher langweilig. Am Ende fiel das Urteil des Schülers und der Schülerin einstimmig aus: „Es war sehr interessant und alle im Haus waren sehr nett!“ Allerdings steht jetzt schon fest, dass zumindest Mimmi im nächsten Jahr nicht wieder dabei sein wird. Die Tiernärrin, die ihr Meerschweinchen liebt und gerne reitet, hat für den nächsten Zukunftstag schon einen Platz bei einer Tierärztin.



Mimmi Becker und Ansgar Kleine verbrachten einen abwechslungsreichen Tag in der Geschäftsstelle des Landesverbands.

## 24. Selbsthilfetag in Hannover

### 66 Gruppen stellen sich vor – Landeswohlfahrtslotterie eröffnet

Informieren, animieren, beraten und in der Gemeinschaft füreinander stark sein – was Selbsthilfegruppen täglich leisten und bieten, wird vor allem von den Betroffenen und ihren Angehörigen wahrgenommen. Dass diese überwiegend ehrenamtliche Arbeit weit mehr öffentliche Anerkennung verdient, steht außer Frage und ist einer der Gründe, weshalb die Paritätische Kontakt- Informations- und Beratungsstelle im Selbsthilfebereich, kurz KIBIS Hannover, jährlich zum Selbsthilfetag rund um den Kröpcke einlädt. Zum diesjährigen, mittlerweile 24. Hannoverschen Selbsthilfetag präsentierten sich am 8. Mai 66 Gruppen und boten den interessierten Bürgern Beratung und Informationen. Ihr Themenspektrum reichte von Krankheiten und Behinderungen bis hin zu sozialen Problemen.

„Das freiwillige Engagement findet

leider häufig im Verborgenen statt, deshalb ist es gut, dass die Selbsthilfegruppe heute mehr Aufmerksamkeit erfährt“, sagte Rita Hagemann, Leiterin der KIBIS, bei der Eröffnung des Selbsthilfetages. Etwa 600 Selbsthilfesusammenschlüsse in der Region Hannover erfahren Unterstützung durch die KIBIS, bis zu 40 kommen jedes Jahr hinzu. Die Themen, die sie behandeln, sind so vielfältig wie das Leben selbst. „Selbsthilfe ist längst gesellschaftsfähig geworden“, sagte Hagemann. Dies wurde auch durch den großen Zuspruch am Selbsthilfetag deutlich. Nicht nur die Veranstalter, die am KIBIS-Pavillon fleißig Infomaterial verteilten, waren mit der Resonanz sehr zufrieden. Auch die Vertreter der Selbsthilfegruppen berichteten von zahlreichen ausführlichen Beratungs- und Informationsgesprächen

„Was die Selbsthilfegruppen leisten,

ist durch professionelle Beratung nicht ersetzbar“, lobte Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil. Die große Auswahl der Gruppen und die Konstanz, mit der sich die Ehrenamtlichen engagieren, beeindruckte ihn immer wieder, sagte er. Für Professorin Petra Garlipp, Koordinatorin des Bündnisses gegen Depressionen in der Region Hannover, war die große Resonanz auf den Selbsthilfetag „ein gutes Beispiel dafür, was Selbsthilfe initiieren kann.“ Die stellvertretende Regionspräsidentin Doris Klawunde betonte ebenfalls, wie wichtig die Vielfalt der Angebote sei: „Wer sie braucht, findet in den Selbsthilfegruppen der Region Hannover für jedes Problem Hilfe und Unterstützung, auch wenn es ‚nur‘ ein Gespräch ist.“

Die Vertreter der Selbsthilfegruppen wissen genau, wie wichtig diese Gespräche sind. Es ging ihnen bei der Teilnahme an der Veranstaltung auf dem Kröpcke nicht nur darum, zu informieren und sich zu präsentieren, sie wollten möglichen Interessenten auch die Scheu nehmen, den Rat und die Unterstützung eines Selbsthilfesusammenschlusses zu suchen. „Wir wollen die Menschen erreichen, ihnen Möglichkeiten aufzeigen und unsere Erfahrungen weitergeben. Dieser Austausch ist sehr wichtig“, erklärte Teja Boese, Vorstand der Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind e.V., einer von zehn Paritätischen Mitgliedsorganisationen, die sich rund um den Kröpcke präsentierten.



Die stellvertretende Regionspräsidentin Doris Klawunde (von links) und Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil beglückwünschen Rita Hagemann, Leiterin der KIBIS, zu dem starken Engagement in der Region Hannover.



Mit bunt geschmückten Ständen machten Selbsthilfegruppen wie die Paritätische Mitgliedsorganisation Hannöversche Aidshilfe auf sich aufmerksam.

An vielen Ständen des Selbsthilfetages wurde den Besuchern eindrucksvoll verdeutlicht, wie der Alltag der jeweils Betroffenen aussieht. Am Stand des Deutschen Schwerhörigenbundes konnten Interessierte ihr Gehör testen lassen und so verschiedene Stadien einer Hörschädigung nachempfinden. Der Blinden- und Sehbehindertenverband zeigte Gegenstände, die Sehbehinderten im Alltag helfen und ihn bereichern, wie einen Wecker mit Sprachausgabe, ein Gesellschaftsspiel mit Braillesymbolen und kleine Klammern, die Socken beim Waschen zusammenhalten.

Andere Gruppen trugen ihre Botschaften auf spielerische Weise vor. Am Stand der Hannöverschen Aidshilfe sorgte eine Mitarbeiterin im knallgrünen Kondomkostüm für Aufsehen. Das menschengroße Verhütungsmittel sah nicht nur niedlich aus, sondern verteilte auch Infomaterial, das dankend angenommen wurde. Die Guttempler in Niedersachsen luden zu einem Glücksradquiz, das Spaß machte und gleichzeitig aufklärte: Wer mehrere Fragen zum Thema Alkoholabhän-

gigkeit richtig beantwortete, konnte sich über einen kleinen Sachpreis, zum Beispiel ein Rezeptbuch für alkoholfreie Cocktails, freuen.

Gewinne wurden jedoch nicht nur an den Ständen verteilt. Im Rahmen des Selbsthilfetages eröffnete Cornelia Rundt, Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. und Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW),

auf der Bühne am Kröpcke die diesjährige Runde der Glückspilz-Lotterie. „Es ist heute ein Leichtes für Sie, Solidarität zu zeigen mit Menschen, denen es nicht gut geht“, sagte Rundt und drehte gemeinsam mit LAG FW-Geschäftsführer Georg Gabriel die Trommel mit den Losen der Landeswohlfahrtslotterie. Die Besucher des Selbsthilfetages griffen reichlich zu und kauften sich Lose zu je 50 Cent in der Hoffnung, sich einen der beiden Hauptgewinne von 500 Euro zu sichern. Der große Gewinn wurde am ersten Verkaufstag zwar nicht ausgeschüttet, dafür kleinere Geldpreise und zahlreiche Freilose, so dass die Losverkäufer den ganzen Vormittag über gut beschäftigt waren.

Die Erlöse der Glückspilz-Lotterie fließen den Einrichtung der Freien Wohlfahrtspflege zu, jeder Loskauf unterstützt also ein soziales Land und macht alle Beteiligten zu Gewinnern. „Die Teilnahme ist eine der schlichsten Formen des bürgerlichen Engagements“, sagte Rundt.



Eröffnung der Landeswohlfahrtslotterie Glückspilz, von links: Rifat Fersahoglu-Weber (Geschäftsführer AWO Braunschweig), Sigrid Leuschner (SPD-Landtagsabgeordnete), Julian Brunner (Paritätischer Niedersachsen), Georg Gabriel (Geschäftsführer LAG FW), Cornelia Rundt (Vorstand Paritätischer Niedersachsen), Ernst Spieß (Paritätischer Niedersachsen), Ralf Hohfeld (Geschäftsführer Paritätischer Hannover), Christine Lenssen (Geschäftsführerin Lebenshilfe Hannover) und Andreas Kramer (Bank für Sozialwirtschaft).

# HuK versteigert Zeichnung von Klaus Brinker

## Paritätischer nimmt Gebote entgegen



Steht zur Versteigerung an: Das Bild „Hann.-Münden, Fuldabrücke, 1999“ von Klaus Brinker.

Die Ökumenische Gemeinschaft Homosexuelle und Kirche, HuK Hannover e.V., präsentierte sich auf dem Selbsthilfetag besonders farbenfroh. Grund dafür war nicht nur die bunte Standdekoration, sondern auch die Zeichnungen des Pastors Klaus Brinker, die die Paritätische Mitgliedsorganisation am Kröpcke zeigte. Brinker fertigte insgesamt 70 Gemälde und mehr als 600 Zeichnungen, die er kurz vor seinem Tode der HuK Hannover schenkte. Eine der Zeichnungen aus diesem großen Fundus, *Hann.-Münden, Fuldabrücke, 1999*, bietet die HuK zur Versteigerung an.

Brinker, der 2003 im Alter von 65 Jahren verstarb, galt als einer der Pioniere der HuK Hannover. Prägend für die HuK Hannover war die Auseinandersetzung mit der hannoverschen Landeskirche, die Brinker 1980 wegen seiner Homosexualität aus dem Pfarramt entließ. Als er 2003 starb, hielt die damalige Lan-

desbischofin Margot Käßmann eine Ansprache. Indem die Landeskirche somit einen Schlusstrich zog, wurde das Verhältnis entkrampft und auf eine neue, in die Zukunft weisende Grundlage gestellt.

Für die HuK, die sich in Hannover seit mehr als drei Jahrzehnten für die Belange homosexueller Christinnen und Christen einsetzt, gibt es weiterhin viel zu tun. Schwerpunkte ihrer Aktivitäten sind dabei nach wie vor die Information und Aufklärung zum Thema Homosexualität in Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen, in Schulen, Betrieben und anderorts, Seminare und Fortbildungen, die Mitarbeit in kirchlichen Gremien, persönliche Beratung und Seelsorge (z.B. Partnerschaftssegnungen), die Kooperation mit Elterngruppen, örtlichen Beratungseinrichtungen und Initiativen zum Gedenken an NS-Opfer, ökumenische Gottesdienste, thematische oder frei gestaltete Gruppenabende und nicht

zuletzt Freizeitangebote wie Wandern und Reisen. Dabei begegnen sich homo- wie heterosexuelle Männer und Frauen sowie Transsexuelle – Menschen unterschiedlichster Lebens- und Glaubenserfahrung in wahrhafter Ökumene.

Mit der Versteigerung der Zeichnung *Hann.-Münden, Fuldabrücke, 1999*, wird die Arbeit der HuK unterstützt, denn der Erlös des Verkaufs kommt dem Verein zugute. Schicken Sie Ihr Gebot bis zum 31. August 2010 an:

Paritätischer Wohlfahrtsverband  
Niedersachsen e.V.  
Anika Falke  
Gandhistrasse 5a, 30559 Hannover  
Oder per E-Mail an: [anika.falke@paritaetischer.de](mailto:anika.falke@paritaetischer.de),  
Stichwort „Brinker“.

Das höchste Gebot, das bis zum Ein-sendeschluss eingegangen ist, erhält den Zuschlag. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

# „Altenpflege: das Megathema im Sozialbereich überhaupt“

## Informationsveranstaltung der neuen Imagekampagne

### „ALTENPFLEGE – NEU ENTDECKT“ war ein voller Erfolg

Pflegefachkräfte werden mehr gebraucht denn je. Um für den Beruf der Altenpflege zu werben, haben der Paritätische Braunschweig mit seinen Mobilien Diensten sowie die beiden Mitgliedsorganisationen ambet und Wohnpark am Wall gemeinsam die Imagekampagne „ALTENPFLEGE – NEU ENTDECKT“ ins Leben gerufen. Auftakt der Kampagne war eine eintägige Info-Veranstaltung, die Ende April in den Räumen der AOK Braunschweig stattfand. Das Programm der Veranstaltung war umfangreich und vielfältig und reichte von Infoständen über einen Hilfsmittelparcours zur Selbsterprobung bis hin zu verschiedenen Präsentationen, Aktionen und Theatervorführungen.

Mit der Aktion wollen die Organisatoren dem Pflegefachkräfteman-

gel entgegenwirken und die Pflegeberufe mit den vielen Facetten und interessanten Perspektiven der Öffentlichkeit auf attraktive und ansprechende Weise näherbringen. Der Altenpflege ein positives Bild zu geben, das ist das Anliegen der neuen Kampagne in und für Braunschweig, denn die Altenpflege ist ein moderner, anspruchsvoller Beruf mit einer komplexen Thematik. Rund 300 Besucherinnen und Besucher nutzten das Angebot und informierten sich über den Altenpflegeberuf. „Das war eine gelungene Auftaktveranstaltung und ein positives Signal für die Weiterführung der Imagekampagne“, zog Sabine Rath, Abteilungsleiterin der Mobilien Dienste des Paritätischen Braunschweig, ein positives Resümee der Aktion „Altenpflege – neu entdeckt“.

„Wenn jetzt nicht gegengesteuert wird, werden in der nahen Zukunft Hunderttausende qualifizierte Pflegekräfte fehlen“, mahnte Henning Eschemann, Geschäftsführer des Paritätischen Braunschweig, und fügte in seiner Begrüßung zum Auftakt der Veranstaltung hinzu: „Ohne eine entsprechende Aufwertung des Berufs wird es schwer, engagierte und motivierte Nachwuchskräfte für die vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben zu gewinnen.“

Die Initiatoren der Kampagne wollen ihren Teil dazu beitragen, dass auch in Zukunft in der immer älter werdenden Gesellschaft genügend Fachkräfte den Menschen zur Verfügung stehen. Dafür wollen sie nicht nur zukünftige Auszubildende, Berufsrückkehrer und Umschüler für den Altenpflegeberuf begeistern,



Freuen sich über eine gelungene Veranstaltung: Rainer Rinne (von links), Heidemarie Mundlos und Henning Eschemann.



Großer Andrang an den Infoständen: Rund 300 Besucherinnen und Besucher nutzten das Angebot und informierten sich über den Altenpflegeberuf.

sondern auch Eltern in der Erziehungsphase die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aufzeigen.

Schirmherrin Heidemarie Mundlos (MdL) brachte es in ihrem Grußwort auf den Punkt: „Altenpflege ist das Megathema im Sozialbereich überhaupt. Die generelle Zukunft der Pflege wird uns in Hinblick auf die demographische Entwicklung stark beschäftigen. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen für die Menschen, die sich den Dienst am Menschen zur Aufgabe gemacht haben, stimmen. Die Veranstaltung ist ein wichtiger Baustein für die Zukunft“, so die Schirmherrin.

Auch der Regionaldirektor der AOK, Rainer Rinne, setzte in seiner Rede bei der gesellschaftlichen Bedeutung an: „2030 wird Deutsch-

land das Land mit der durchschnittlich ältesten Bevölkerung weltweit sein. Immer mehr Ältere werden auf Hilfe von Dritten angewiesen sein. Hier sind alle aufgefordert, mit neuen Wegen auf diese Entwicklung zu reagieren. Die Veranstaltung zeigt beispielhaft wie man auf kreative Weise Interessierte für den Altenpflegeberuf begeistern kann.“

Gleichzeitig eröffnete Rainer Rinne die Bilderausstellung „Ein neuer Blick auf die Pflege“ vom Bundesministerium für Gesundheit. Der Regionaldirektor hofft, dass die Bilder zu einer offenen und kritischen Diskussion anregen. Bis Ende Mai waren die eindrucksvollen Bilder in den Räumen der AOK zu sehen.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit hat die Fotografin

Julia Baier ein authentisches Bild von der Pflege aufgespürt. Die eindringlichen Fotos zeigen die Pflege so, wie sie ist. „Eine solche Sicht ergibt Respekt für die Pflegenden und Achtung für Diejenigen, die gepflegt werden. Dabei spielt eine Rolle, dass manche Motive mit Unschärfen und ungewöhnlichen Perspektiven aufwarten. Der individuelle Blickwinkel der Fotografin verleiht den Bildern und damit auch den älteren, demenziell erkrankten und pflegebedürftigen Fotografierten eine besondere Aura... Es geht darum, wie wir in einer älter werdenden Gesellschaft zusammen leben werden“, heißt es in einer offiziellen Mitteilung des Bundesgesundheitsministeriums.

Anke Meyer  
Paritätischer Braunschweig



# Wir denken weiter.

Zum Beispiel beim Fundraising.

Generieren Sie Spenden im Internet mit unserem BFS-Net.Tool XXL. Automatisieren Sie Ihre Spendenströme direkt auf Ihr Konto. Sie brauchen keine Programme zu installieren oder Ihre Homepage umzubauen.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

## Die Bank für Wesentliches.

Geschäftsstelle Hannover  
Podbielskistraße 166  
Telefon 05 11.3 40 23-0  
[bfshannover@sozialbank.de](mailto:bfshannover@sozialbank.de)  
[www.sozialbank.de](http://www.sozialbank.de)



Bank  
für Sozialwirtschaft

## Wohlfahrtsmarken 2010 duften nach Obst

Sie sind eine kleine Duftsensation – die Wohlfahrtsmarken 2010 sehen mit ihren Obstmotiven nicht nur fruchtig-frisch aus, sie riechen sogar entsprechend. Die Marken sind mit Motiven von Äpfeln, Erdbeeren, Zitronen und Heidelbeeren versehen und entfalten – neben der optischen Eleganz – das ganze Aroma der jeweiligen Frucht. Nicht nur der jeweilige Empfänger freut sich über diese ungewöhnliche Briefmarke. Der Käufer kann auch anderen Menschen Freude schenken, denn durch den Kauf der Wohlfahrtsmarken werden soziale Projekte unterstützt.

Der aufwendigen Produktion dieser Markenserie gingen umfangreiche Tests mit Duftproben der Obstsorten voraus. Aufbringungsverfahren

wurden ebenso getestet wie einwandfreie postalische Verwendung und gesundheitliche Unbedenklichkeit. Auch musste im Produktionsprozess eine Höchstzahl an Duftstoffen auf die Marken aufgebracht werden, damit der Duft nicht nach einmaligem Rubbeln verbraucht ist.

Die Wohlfahrtsmarken sind erhältlich im Online-Shop des Vertriebszentrums des Paritätischen Gesamtverbands in Berlin. Dort bekommen Mitgliedsorganisationen des Paritätischen auch kostenlose Werbematerialien, mit denen sie den Verkauf der Wohlfahrtsmarken unterstützen können. Mitgliedsorganisationen, die ihre eigene Post mit Wohlfahrtsmarken frankieren möchten, erhalten diese ebenso beim Vertriebszentrum.

Insgesamt belaufen sich die Erlöse aus den Zuschlägen der Wohlfahrtsmarken seit 1949 auf 459 Millionen Euro aus dem Verkauf von über 3,24 Milliarden Marken. Die Zuschlags-erlöse kommen Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Paritätischem Wohlfahrtsverband, DRK, Diakonie und der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland zugute. Schirmherr des Sozialwerks Wohlfahrtsmarken™ ist der Bundespräsident.

Ihre Bestellung senden Sie bitte an:

Der Paritätische Gesamtverband e.V.  
Wohlfahrtsmarken-Vertriebszentrum  
Oranienburger Str. 13-14  
10178 Berlin  
Tel: 0800/964 532 4  
Fax: 030/246 364 60  
wohlfahrtsmarken@paritaet.org



## Buntes Gewusel der kleinen Sportler

Insgesamt 1600 Kinder nahmen am Kinderlauf in Hannover teil



Mit Spaß dabei: Die kleinen Läufer und Läuferinnen aus den Paritätischen Kindertagesstätten in Hannover.

Am 1. Mai 2010 war in Hannover mächtig was los. Neben der obligatorischen 1. Mai Kundgebung und einem nicht unwichtigen Fußballspiel von Hannover 96 gab es mit dem Kinderlauf rund um den Maschteich ein drittes Ereignis, das viele Menschen anzog. Und diese Veranstaltung stand für den Paritätischen Hannover deutlich im Vordergrund, da am Kinderlauf fast 130 kleine sportliche Teilnehmer aus den Paritätischen Kindertagesstätten in Hannover an den Start gingen.

Das bunte Gewusel und Gewimmel der insgesamt rund 1600 Kindern war teilweise schon unübersichtbar. Zum Glück trugen die 130 Kinder der Paritätischen Kitas ein

einheitliches weißes T-Shirts mit dem ihrem Logo, so war es leichter, die kleinen Sportler durch die insgesamt vier Startergruppen zu begleiten. Aufgeteilt in vier Altersgruppen gingen die Kindergruppen nacheinander an den Start. Die Gruppe der ganz Kleinen durfte zum Schluss laufen, was sich als gute Entscheidung entpuppte, denn nach 1200 Metern waren so manche Beine schon ganz schön schwer.

Aber nach dem Zieleinlauf, mit einer echten Medaille um den Hals und einer Urkunde in der Hand, hatten die Kinder alle strahlende Augen und teilweise auch auffällig rote Wangen. Da kam das Über-

raschungspaket des Paritätischen, gefüllt mit einem Kindergetränk und Gummibärchen, ganz recht. Auch die Trinkflaschen, vom cleantek service Unternehmen gesponsert, wurden gleich ausgepackt und ausprobiert.

Insgesamt war es für alle Beteiligten eine aufregende und tolle Veranstaltung, auch wenn einige wenige Kinder die Laufstrecke eigenmächtig durch die Büsche abgekürzt haben. Doch auch diese Zwergchen wurden letztlich wieder eingefangen und sicher ihren Eltern übergeben.

*Bianka Titze  
Paritätischer Hannover*

## Siebter AntiSuchtLauf der STEP gGmbH

### 500 Teilnehmer laufen für ein selbstbestimmtes Leben



Und los: Hannover-96-Chef Martin Kind eröffnet den siebten Anti-Sucht-Lauf der STEP.

Unter dem Motto „Laufen für ein gesundes Ich“ fand am 18. Mai 2010 der mittlerweile siebte Anti-SuchtLauf der Paritätischen Tochter STEP gGmbH rund um Hannovers Maschsee statt. Rund 500 Läuferinnen und Läufer ließen sich weder vom unbeständigem Wetter noch vom starkem Gegenwind abschrecken und setzten mit ihrer Teilnahme ein Zeichen für ein selbstbestimmtes Leben. „Wir freuen uns, dass der kühle Mai Sie nicht abhalten konnte, uns zu unterstützen“, begrüßte der neue Geschäftsführer der STEP, Serdar Saris, die Teilnehmer und Teilnehmerinnen am Nordufer des Sees.

Sucht kann jeden Menschen treffen, ob als Betroffener oder Angehöriger. Stabile soziale Kontakte, ein gesundes Körperbewusstsein und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten wirken vorbeugend.

„Sport ist dabei eine gute Medizin“, meinte Serdar Saris. Deshalb lautet die Devise des Suchtlaufs auch nicht gegeneinander, sondern miteinander Laufen. Es geht nicht darum, als Erster ins Ziel zu kommen, sondern aktiv zu sein, den Körper zu spüren und Grenzen neu abzustecken. Die sechs Kilometer lange Strecke bietet gerade Laufanfängern eine gute Gelegenheit dafür. Ob Firmenteams oder Einzelläufer, Betroffene oder Unterstützer, sie alle fühlten sich auch in diesem Jahr von der Idee des AntiSuchtLaufs angesprochen und nahmen teil.

Als Schirmherr der Veranstaltung feuerte Hannover-96-Chef Martin Kind mit sichtbarer Freude den Startschuss zum STEP Lauf ab. Selbst laufen wollte er allerdings nicht, da er aufgrund eines Tennis-matches wenige Tage zuvor noch

unter Muskelkater litt. Doch auch als reiner Zuschauer brachte er seine Unterstützung für das Projekt zum Ausdruck: „Sucht gibt es in allen Variationen, da ist es gut, wenn das Thema immer wieder öffentlich angesprochen wird“, sagte Martin Kind.

Auch wenn die Jagd nach Rekorden nicht im Vordergrund des AntiSuchtLaufs stand, wurden natürlich dennoch Bestmarken gesetzt. Nach nur 20 Minuten und 24 Sekunden kam Joost A. als erster Läufer durchs Ziel. Mit 26,09 Minuten war Iris G. die schnellste Frau und der elfjährige Mario lief mit 27,04 Minuten allen anderen Teilnehmern im Kindesalter auf und davon. Einen besonderen Erfolg konnte Lutz Krajenki für sich verbuchen. Mit nur 22,4 Minuten stellte er eine neue persönliche Bestzeit für die Maschseerunde auf. Der Vollblutmusiker und Arrangeur des Sängers Roger Cicero fing vor einiger Zeit an zu laufen, um sein Gewicht zu reduzieren. Das ist ihm gelungen. Laufen gehöre jetzt zu seinem Leben, er fühle sich viel besser, sagte er.

Für die STEP und Geschäftsführer Saris steht der Erfolg des Laufes außer Frage. Die stetig steigende Zahl an Teilnehmenden und Unterstützern ist ein guter Ansporn, den AntiSuchtLauf zu einem festen Termin im hannoverschen Laufkalender werden zu lassen.

Mark Meißner

Stephanie Schünemann

STEP – Paritätische Gesellschaft für Sozialtherapie und Pädagogik mbH

## Abschied von vier „Altgedienten“ im Fachbereich Sucht

Einen Generationenwechsel gab es im Fachbereich Sucht. Anlässlich der Fachbereichstagung am 10. April 2010 im Lüneburger Hotel Seminaris wurden gleich vier langjährige Mitglieder vom Fachbereichssprecher Reinhold Sievers in den Ruhestand verabschiedet. Brigitte Stich war im Paritätischen Niedersachsen in der Verwaltung für den Fachbereich zuständig, Uwe Hartmann war Leiter der Adaptionseinrichtung Hambühren, eine der ersten Adaptionseinrichtungen in Niedersachsen, Uli Thomsen war zuletzt Geschäftsführer der Neuhof gGmbH und mit dem Aufbau einer Einrichtung für chronisch Abhängigkeitserkrankte betraut, Heiner Peterburs war Geschäftsführer der STEP gGmbH, seine letzte große Aufgabe war der Aufbau der Fachklinik Kronsberg in Hannover.



Reinhold Sievers (von links), Brigitte Stich, Uwe Hartmann, Uli Thomsen und Heiner Peterburs wurden verabschiedet.

Alle vier Kolleginnen und Kollegen waren mehr als 25 Jahre im Arbeitsfeld Sucht tätig. Reinhold Sievers erinnerte in seiner Dankesrede daran, welche Erfolge in den vergangenen Jahrzehnten erreicht

wurden und dass nun eine Ära mit neuen Kolleginnen und Kollegen beginnt.

*Paul Walter Steffens  
Fachberater Sucht*

## Der Paritätische Stellenmarkt

**Politikwissenschaftlerin M.A. (Nebenfächer Soziologie und Spanisch) sucht ab sofort Festanstellung als wissenschaftliche Mitarbeiterin** im sozialen Bereich, idealerweise in den Themenbereichen:

- politische Bildung
- Entwicklungszusammenarbeit
- demographischer Wandel
- Arbeitsmarkt

bisherige Berufspraxis und Studium Praktika bei:

- Friedrich-Ebert-Stiftung Nairobi, Kenia
- Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- Internationales Frauen- und Mädchenzentrum e.V., Nürnberg
- Büro des Landtagsabgeordneten

Thomas Mütze, Bündnis 90/DIE GRÜNEN im bayerischen Landtag, München  
Studium: Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg: Studium der Politischen Wissenschaft, Soziologie und Iberoromanischen Philologie, Abschluss: Magister Artium  
persönliche Angaben  
Kontakt Daten: Anna Schöffner  
Wüstenrothweg 17  
97907 Hasloch  
anna.schoeffner@gmx.de  
Geburtsdatum und -ort: 21.08.1982 in Wertheim  
Familienstand: ledig

**Ich bin 24 Jahre, komme aus Salzgitter, habe die Hochschul-**

**reife und bin auf der Suche nach einer Ausbildung zum Bürokaufmann, Industriekaufmann, Versicherungskaufmann oder Verwaltungsfachangestellten.** An den Ausbildungsberufen gefallen mir vor allem die unterschiedlichen und verschiedenen Einsatzbereiche. Ich bin gerne mit anderen Menschen im Gespräch, zuverlässig und offen für Herausforderungen. Teamfähigkeit, sowie Eigenverantwortlichkeit gehören ebenso wie gute Kenntnisse in Word, Excel und Powerpoint zu meinen Eigenschaften. Sollte ich Ihr Interesse an mir als Azubi geweckt haben, so wenden Sie sich bitte an folgende Email-Adresse: [Fabian.Lewitzki@web.de](mailto:Fabian.Lewitzki@web.de). Ich schicke Ihnen gerne meine vollständigen Bewerbungsunterlagen zu.

## Ehrungen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Mitgliedsorganisationen, des Landesverbandes und in Kreisgruppen konnten in den letzten Wochen für langjährige Verbandszugehörigkeit ausgezeichnet werden:

### Ehrenzeichen des Verbandes:

- Kornelia Lorenz, Paritätischer Nienburg
- Karla Pruisken, Paritätischer Meppen
- Rolf Mund, Selbsthilfe Schlafapnoe, Bad Münder
- Wilhelm Grundmeier, Selbsthilfe Schlafapnoe, Bad Münder
- Cord Freiherr von Mengersen, Selbsthilfe Schlafapnoe, Bad Münder
- Ilse Hoting, Paritätischer Nienburg
- Reinhard Bellgardt von Engeln, Nds. Gesellschaft

für Straffälligen- und Bewährungshilfe e.V., Lüneburg

- Dieter Bleier, Nds. Gesellschaft für Straffälligen- und Bewährungshilfe e.V., Lüneburg
- Reiner Cordes, Beiratsvorsitzender Kreisverband Verden

### Urkunde:

- Hans-Günter Aderhold, Paritätischer Nienburg
- Manuela Honka, Paritätischer Nienburg




 paritätisches  
**JUGENDwerk**

[www.pjw-nds.de](http://www.pjw-nds.de)

**Wir sind am Start >>**  
 >> mit Infos, Projekten, Aktionen

kraftvoll      lautstark      dynamisch

Paritätisches Jugendwerk Niedersachsen - Kommilitenkreis e.V. · 31134 Wolfenbüttel · Tel. (0530) 1555-0 · Fax (0530) 1555-100

# Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen

## Die Ansprechpartner

### Betriebswirtschaft

Entgeltkalkulation, Kostenträgerverhandlung, Interims- & Krisen-Management, Haushalts- und Wirtschaftsplanung, Kostenreduzierung durch Umstrukturierung, Personal- und Personaleinsatz-Planung, Managementtraining, Beratung in Wirtschaftlichkeitsfragen, Marketing-Beratung, Begleitung in Schiedsstellenverfahren, Konzeption von Leistungsangeboten, Leistungsbeschreibung

*Birgit Eckhardt*

Tel. 0511 52486-376

*Eduard Schellenberg* (Behindertenhilfe)

Tel. 0511 52486-367

*Sven Dickfeld* (Erziehungshilfe)

Tel. 0511 52486-387

*Barbara Heidrich* (Pflege)

Tel. 0511 52486-370

### Baubetreuung

Baubetreuung oder Leitung, Prüfung von Kostenvoranschlägen und Architektenverträgen, Gutachten

*Birgit Eckhardt*

Tel. 0511 52486-376

### EDV

Kommunikationskonzepte, Softwareberatung, Auswahl und Installation von Hard- und Software, Softwareübersichten, Internet-Präsentationen

*Dietmar Buck*

Tel. 0511 52486-373

*Reiner Imwiehe*

Tel. 0511 52486-359

### Finanzierung

Zuwendungen, Zuschüsse und Stiftungsmittel (z. B. Lotteriemittel, Aktion Mensch, Deutsches Hilfswerk, Glücksspirale), Finanzierungskonzeption, Kapitalmarktkredite, Vermittlung von Investoren

*Christiane Schumacher*

Tel. 0511 52486-395

*Birgit Eckhardt* (Fundraising)

Tel. 0511 52486-376

*Adelheid Dähne* (Fundraising)

Tel. 0511 52486-347

### Finanzbuchhaltung

Organisation der Finanzbuchhaltung, Unterstützung bei Fragen im umsatzsteuerlichen Bereich, Kontierungen, Abschreibungen, Jahresabschluss, Verwendungsnachweise Lotteriemittel-Beihilfen

*Monika Bullmann*

Tel. 0511 52486-378

*Christiane Häberle*

Tel. 0511 52486-386

Erfassen der Buchhaltungsunterlagen;

Beratung Jahresabschluss (entgeltlich)

*Annemarie Heuer*

Tel. 0511 52486-377

### Fotokopien

Größere Kopieraufträgen einschl. Einbinden (entgeltlich)

*Matthias Noland*

Tel. 0511 52486-375

### Kfz

*Ulrich Preisberger* (Abrufscheine)

Tel. 0511 52486-348

### Paritätisches Rechenzentrum

Abrechnung von Löhnen/Gehältern (entgeltlich)

*Udo Mex*

Tel. 0511 52486-357

### Personal

Unterstützung bei personalrechtlichen Fragen; Unterstützung im Umgang mit BAT, AVR, AVB und TVöD/TV-L, Betriebsvereinbarung des Paritätischen Niedersachsen

*Kirsten Schalinski*

Tel. 0511 52486-379

### Rahmenverträge

Vergünstigte Konditionen für Telefonie und Materialbeschaffung sowie Kopier-, Fax- und Drucksysteme

*Ernst Spieß*

Tel. 0511 52486-398

### Recht

Beratung und Unterstützung bei arbeitsrechtlichen und sonstigen Rechtsfragen, Gutachten, Vertragsprüfung und –ausarbeitung, außergerichtliche Verhandlungen und Vergleiche, Vertretung vor Schiedsstellen

*Birgit Eckhardt*

Tel. 0511 52486-376

*Christiane Schumacher*

Tel. 0511 52486-395

### Versicherungen

*Ulrich Preisberger*

Tel. 0511 52486-348

### Seminare

Interne und externe Schulungen

*Nadine Heise*

Tel. 0511 52486-384

# Fachbereiche des Paritätischen

## Die Fachberaterinnen und Fachberater

### Altenselbsthilfe

Christine Köhler-Riebau  
Paritätischer Wolfsburg  
Saarstr. 10 a  
38440 Wolfsburg  
Tel. 05361 2950-15  
Fax 05361 2950-21  
E-Mail christine.koehler-riebau@paritaetischer.de

### Ausländerfragen

Dieter Nagel  
Paritätischer Goslar  
Von-Garben-Str. 6  
38640 Goslar  
Tel. 05321 21011  
Fax 05321 18229  
E-Mail dieter.nagel@paritaetischer.de

### Behindertenhilfe

Erwin Drefs  
Lebenshilfe Delmenhorst und Umgebung e.V.  
Bismarckstr. 21  
27749 Delmenhorst  
Tel. 04221 1525-0  
Fax 04221 1525-15  
E-Mail erwindrefs.fb@lebenshilfe-delmenhorst.de

### Bildung

Steffi Becker  
Paritätischer Niedersachsen e.V.  
Gandhistr. 5 A  
30559 Hannover  
Tel. 0511 52486-383  
Fax 0511 52486-332  
E-Mail steffi.becker@paritaetischer.de

### Eingliederungshilfe/Wohnen

Eduard Schellenberg  
Paritätischer Niedersachsen e.V.  
Gandhistr. 5 A  
30559 Hannover  
Tel. 0511 52486-367  
Fax 0511 52486-332  
E-Mail eduard.schellenberg@paritaetischer.de

### Elementarerziehung

Klaus-Dieter Fortmeyer  
Paritätischer Cuxhaven  
Kirchenpauerstr. 1  
27472 Cuxhaven  
Tel. 04721 5793-12  
Fax 04721 5793-30  
E-Mail klaus-dieter.fortmeyer@paritaetischer.de

### Erziehungshilfe

Sven Dickfeld  
Paritätischer Niedersachsen e.V.  
Gandhistr. 5 A  
30559 Hannover  
Tel. 0511 52 486-387  
Fax 0511 52 486-332  
E-Mail sven.dickfeld@paritaetischer.de

### Frauen und Familien

Andrea Zerrath  
Paritätischer Helmstedt  
Schuhstr. 1  
38350 Helmstedt  
Tel. 05351 54191-4  
Fax 05351 54191-66  
E-Mail andrea.zerrath@paritaetischer.de

### Jugendbildung/PJW

Karsten Maul  
Paritätischer Wolfenbüttel  
Kommießtr. 5  
38300 Wolfenbüttel  
Tel. 05331 9200-40  
Fax 05331 9200-79  
E-Mail karsten.maul@paritaetischer.de

### Krankenhäuser

Sebastian Böstel  
Paritätischer Niedersachsen e.V.  
Gandhistr. 5 A  
30559 Hannover  
Tel. 0511 52486-350  
Fax 0511 52486-333  
E-Mail sebastian.boestel@paritaetischer.de

### Kur- und Erholungshilfen

Birgit Eckhardt  
Paritätischer Niedersachsen e.V.  
Gandhistr. 5 A  
30559 Hannover  
Tel. 0511 52486-376  
Fax 0511 52486-332  
E-Mail birgit.eckhardt@paritaetischer.de

### Mittel- und Osteuropa

Krzysztof Balon  
Verein für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit im sozialen Bereich e.V.  
Marienbruchstr. 61/63  
38226 Salzgitter  
Tel. 05341 84 11 94  
Fax 05341 84 11 13  
E-Mail k.balon@depolsocial.de

### Pflege

Barbara Heidrich  
Paritätischer Niedersachsen e.V.  
Gandhistr. 5 A  
30559 Hannover  
Tel. 0511 52486-370  
Fax 0511 52486-333  
E-Mail barbara.heidrich@paritaetischer.de

### Schullandheime

Steffi Becker  
Paritätischer Niedersachsen e.V.  
Gandhistr. 5 A  
30559 Hannover  
Tel. 0511 52486-383  
Fax 0511 52486-332  
E-Mail steffi.becker@paritaetischer.de

### Selbsthilfe

Barbara Heidrich  
Paritätischer Niedersachsen e.V.  
Gandhistr. 5 A  
30559 Hannover  
Tel. 0511 52486-370  
Fax 0511 52486-333  
E-Mail barbara.heidrich@paritaetischer.de

### Soziale Psychiatrie

Bernhard Döring  
Paritätischer Nienburg  
Wilhelmstr. 15  
31582 Nienburg  
Tel. 05021 9745-17  
Fax 05021 9745-11  
E-Mail bernhard.doering@paritaetischer.de

### Sucht

Paul-Walter Steffens  
Paritätischer Uelzen  
St.-Viti-Str. 22  
29525 Uelzen  
Tel. 0581 9707-12  
Fax 0581 9707-20  
E-Mail paul-walter.steffens@paritaetischer.de

### Überregionale

#### Mitgliedsorganisationen

Birgit Eckhardt  
Paritätischer Niedersachsen e.V.  
Gandhistr. 5 A  
30559 Hannover  
Tel. 0511 52486-376  
Fax 0511 52486-332  
E-Mail birgit.eckhardt@paritaetischer.de



## Arbeitskreise des Paritätischen

### Leiterinnen und Leiter

#### Arbeits- und Tarifrecht

Birgit Eckhardt  
 Paritätischer Niedersachsen e.V.  
 Gandhistr. 5 A  
 30559 Hannover  
 Tel. 0511 52486-376  
 Fax 0511 52486-333  
 E-Mail [birgit.eckhardt@paritaetischer.de](mailto:birgit.eckhardt@paritaetischer.de)

#### Betreuungsvereine

Christiane Schumacher  
 Paritätischer Niedersachsen e.V.  
 Gandhistr. 5 A  
 30559 Hannover  
 Tel. 0511 52486-395  
 Fax 0511 52486-332  
 E-Mail  
[christiane.schumacher@paritaetischer.de](mailto:christiane.schumacher@paritaetischer.de)

#### Freiwilligen-Agenturen

Tanja Bremer  
 Paritätischer Peine  
 Stadtteil-Büro Telgte  
 Hannoversche Heerstraße 23  
 31228 Peine  
 Tel. 05171 582777  
 Fax 05171 292570  
 E-Mail [tanja.bremer@paritaetischer.de](mailto:tanja.bremer@paritaetischer.de)

#### Kontakt- u. Beratungsstellen für Selbsthilfegruppen

Marina Nowotschyn  
 Paritätischer Wolfsburg  
 Saarstraße 10 a  
 38440 Wolfsburg  
 Tel. 05361 2950-50  
 Fax 05361 2950-21  
 E-Mail  
[marina.nowotschyn@paritaetischer.de](mailto:marina.nowotschyn@paritaetischer.de)

#### Migration

Steffi Becker  
 Paritätischer Niedersachsen e.V.  
 Gandhistr. 5 A  
 30559 Hannover  
 Tel. 0511 52486-383  
 Fax 0511 52486-332  
 E-Mail [steffi.becker@paritaetischer.de](mailto:steffi.becker@paritaetischer.de)

#### Schuldnerberatung

Wolfgang Lippel  
 Paritätischer Nienburg  
 Wilhelmstr. 15  
 31582 Nienburg  
 Tel. 05021 9745-15  
 Fax 05021 9745-11  
 E-Mail [wolfgang.lippel@paritaetischer.de](mailto:wolfgang.lippel@paritaetischer.de)

#### Sprachheilarbeit

Irmgard Fricke  
 Lebenshilfe Hameln e.V.  
 Sprachheilkindergarten  
 Burgstr. 4  
 31855 Aerzen  
 Tel. 05154 3805  
 Fax 05154 7090008  
 E-Mail [irmgard.fricke@lebenshilfe-hamelnde](mailto:irmgard.fricke@lebenshilfe-hamelnde)

#### Straffälligenhilfe

Steffi Becker  
 Paritätischer Niedersachsen e.V.  
 Gandhistr. 5 A  
 30559 Hannover  
 Tel. 0511 52486-383  
 Fax 0511 52486-332  
 E-Mail [steffi.becker@paritaetischer.de](mailto:steffi.becker@paritaetischer.de)

Anzeige **SOZIALVERBAND**  
**VdK** Interessenverband der Behinderten,  
 Rentner und Sozialversicherten  
 NIEDERSACHSEN-BREMEN

Rat     Hilfe     Rechtsschutz

für Mitglieder in allen sozialrechtlichen Angelegenheiten:  
 Pflegeversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung,  
 Arbeitslosenversicherung, Behindertenrecht, Sozialhilferecht, Soziales Entschädigungsrecht

Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V., Nikolausstraße 11, 26135 Oldenburg  
 Telefon: 0441 - 21029-0, Telefax: 0441 - 2102910, eMail: [niedersachsen-bremen@vdk.de](mailto:niedersachsen-bremen@vdk.de)  
 Internet: [www.vdk.de/niedersachsen-bremen](http://www.vdk.de/niedersachsen-bremen)  
 - Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen -

# Mitglieder des Verbandsrats

(Wahlperiode 2008 bis 2012)

## Vorsitzende des Verbandsrates

(jährlich alternierend)

### Horst Hüther (2010, 2012)

Vor den Rotten 10  
38304 Wolfenbüttel  
Tel. 05341 27757 (privat)  
Tel. 05331 937-215 (dienstlich)  
Tel. 03904 669912 (dienstlich)  
Tel. 0173 2311705 (mobil)  
Fax 03904 6699-37 (dienstlich)  
Fax 05331 937237 (dienstlich)  
E-Mail h.huether@  
lebenshilfe-he-wf-ggmbh.de

### Ulla Klapproth (2011)

Im Siek 10  
37191 Gillersheim  
Tel. 05556 1566 (werktags)  
Fax 05556 5078  
E-Mail ulla.klapproth@paritaetischer.de

### Brigitte Blümel

Herzlaker Str. 53  
30539 Hannover  
Tel. 0511 5389437

### Klaus Dickneite

Ostergrube 2  
30559 Hannover  
Tel. 0511 514951  
Fax 0511 514951  
E-Mail kdickneite@t-online.de

### Andreas Engel

Brandenburger Str. 15c  
26209 Hatten  
Tel. 04221 50151  
Fax 04221 52251  
E-Mail jugendhilfezentrum@ewetel.net

### Kirsten Gehrman

Kurfürstenallee 13  
28211 Bremen  
Tel. 04221 29838-74  
Fax 04221 29838-91  
E-Mail kirsten.gehrmann@ewetel.net

### Bernd Göddertz

Luisenstr. 9  
31141 Hildesheim  
Tel. 05121 32005 (privat)  
Tel. 05121 2066147 (dienstlich)  
Fax 05121 2066145 (dienstlich)

### Brita Ise Hellmann

Rotekreuzstraße 7  
30627 Hannover  
Tel. 0511 562756  
Tel. 0177 2842615 (mobil)  
Fax 0511 562756  
E-Mail b.i.hellmann@t-online.de

### Anneliese König

Südweg 8a  
26135 Oldenburg  
Tel. 0441 201317  
Fax 0441 2049115  
E-Mail anneliese.koenig@t-online.de

### Monika Lehmann

Glünderstr. 2  
30167 Hannover  
Tel. 0511 702152 (privat)

### Jutta Lorentzen

Asternweg 10  
29225 Celle  
Tel. 05141 47097  
Fax 05141 9937127  
E-Mail jutta.lorentzen@gmx.de

### Dr. Herrmann Niederhut

Quellenweg 1  
31787 Hameln  
Tel. 05151 571170

Fax 05151 571766  
E-Mail niederhut@t-online.de

### Dorothea Pitschnau-Michel

c/o Deutsche Multiple Sklerose  
Gesellschaft Bundesverband e.V.  
Küsterstr. 8  
30519 Hannover  
Tel. 0511 9683414  
Fax 0511 9683450  
E-Mail dmsg@dmsg.de

### Berlind Rosenthal-Zehe

Studentenwerk Göttingen  
PF 3851  
37028 Göttingen  
Tel. 05546 1379 (privat)  
Tel. 0551 395143 (dienstlich)  
Fax 0511 395170 (dienstlich)  
E-Mail berlind.rosenthal-zehe@  
studentenwerk-goettingen.de

### Dietmar Schlüter

Bergweg 8  
38527 Meine  
Tel. 05304 3977  
Fax 05304 5290  
E-Mail 053043977-0001@t-online.de

### Johannes Schmidt

Bahnhofsstr. 14  
21745 Hemmoor  
Tel. 04771 643495 (privat)  
Tel. 0171 2137528 (mobil)  
Fax 04771 643434  
E-Mail neusicht@aol.com

### Kurt Spannig

Psychiatrische Klinik Uelzen  
An den Zehn Eichen 50  
29525 Uelzen  
Tel. 0581 3895-301  
Fax 0581 3895-309  
E-Mail info@pk-uelzen.de

## Landesverband

### Hauptamtlicher Vorstand

**Cornelia Rundt** (Vorstand)  
**Sebastian Böstel** (Vorstand)

Paritätischer Niedersachsen e.V.  
Gandhistr. 5a  
30559 Hannover  
Tel. 0511 52486-0  
Fax 0511 52486-333  
E-Mail landesverband@paritaetischer.de

### Ehrenvorsitzende

#### Karin Rut Diederichs

Eilenriedestift e.V.  
Haus A1, App. 107  
Bevenser Weg 10  
30625 Hannover  
Tel. 0511 54042107

#### Günter Famulla

Davenstedter Str. 227  
30455 Hannover  
Tel. 0511 498831

#### Wolfgang Neubelt

GDA Wohnstift  
Osterfelddamm 12  
Haus 3, App. 3207  
30627 Hannover  
Tel. 0511 57074375  
E-Mail w.neubelt@t-online.de

#### Thomas Tugendheim

Mozartstr. 3  
31162 Bad Salzdetfurth  
Tel. 05064 96723 (privat)  
Tel. 05121 31210 (dienstlich)  
Fax 05064 96724 (privat)  
Fax 05121 32876 (dienstlich)  
E-Mail tugendheim@gmx.de